

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Kredite, Kohle,
Kalorien**
Elmar Altvater

**Begriff
des Westens**
Kurt P. Tudyka

**Wie qualifiziert
sind MigrantInnen?**
August Gächter

**Die Geschichte
von Hans und Hedi**
Wolfgang Fritz

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 3

THOMAS FATZINEK

ALS DIE NACHT BEGANN ...

PLUS AKZENTE.

EDITORIAL

Der politische März steht ganz im Zeichen des 100. Internationalen Frauentags. Dass auch hundert Jahre nach dem ersten Kampftag für die Gleichberechtigung der Geschlechter viele Ziele unerreicht sind und bereits Erreichtes wieder verloren gehen kann, zeigen nicht zuletzt die Debatten um gemeinsame Obsorge und Lohnniveaus im Pflegebereich. Unter diesem Gesichtspunkt werden wir uns in der April-Ausgabe mit der Frage auseinandersetzen, welche Herausforderungen sich am dem Tag 1 nach dem 100. Frauentag bestehen.

Diese Ausgabe wird durch einen Beitrag von **Elmar Altvater** eröffnet. Der Autor globalisierungskritischer Standardwerke beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den **Zusammenhängen der Finanzkrise und der Krise von Naturverhältnissen**.

Daran schließt **Caspar Einem** mit seiner Rubrik Fragen über Fragen an: Passend zum 73. Jahrestags des »Anschlusses« setzt er sich mit den Themen **Entschädigung** und »**Wiedergutmachung**« auseinander.

Die politischen Umwälzungen im nordafrikanischen und arabischen Raum machen die Forderung nach »westlichen Standards« der Demokratie und des Rechtsstaates alltäglich. **Kurt P. Tudyka** geht in seinem Beitrag der Frage nach, worin der **inhaltliche Gehalt des Begriffs des »Westens«** in der Gegenwart besteht und **ob der Anspruch**, damit ein **moralisch überlegenes System** zu bezeichnen berechtigt ist.

John Evers beleuchtet, wie aktuelle **Bemühungen um eine erhöhte Durchlässigkeit** des Bildungssystems durch eine Erleichterung des Nachholens von Hauptschulabschlüssen durch gleichzeitige **Verschärfungen des Hochschulzuzugangs** konterkariert werden.

Die Frage des **Bildungsniveaus von MigrantInnen** und ihre **Rolle für die Integration** beschäftigt **August Gächter**. Er geht der Frage nach, was an der Erzählung der schlecht qualifizierten MigrantInnen »aus Ostanatolien« heute noch dran ist und wie die Anerkennung ausländischer Bildungsqualifikationen ein **Mittel der Selektion** ist bzw. ein **Instrument der Integration und der Gleichberechtigung** sein könnte.

Ludwig Dvořák repliziert in seinem Beitrag auf den in der letzten Nummer abgedruckten Text von **Barbara Serloth**. Ausgehend von der auch in der ZUKUNFT thematisierten **Sarrazin-Debatte** warnt er davor, die »**soziale Masche**« der **FPÖ zu unterschätzen** und ihre Zugewinne ausschließlich auf »Integrationsdefizite« zurückzuführen.

Der Historiker **Wolfgang Fritz** wiederum befasst sich mit der Geschichte von **Hans und Hedi**, zweier Opfer der **NS-Justiz**, deren Schicksal er detailliert erforscht hat.

Nach den **Buchtipps** widmet sich **Markus Marterbauer** der **austrokeynesianischen Wirtschaftspolitik** der Ära Kreisky und ihrer Bedeutung in der Gegenwart.

Eine Premiere feiert in dieser Ausgabe die Bildstrecke des Heftes. Koordiniert von Dr. Philipp Mauer wird die ZUKUNFT künftig viermal jährlich mit Druckgrafiken zeitgenössischer KünstlerInnen bereichert.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



THOMAS FATZINEK

- 6 **Kredite, Kohle, Kalorien**
Von ELMAR ALTVATER
- 13 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 16 **Noch ein Blick zurück**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM
- 17 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 18 **Begriff des Westens**
Von KURT P. TUDYKA
- 23 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 24 **Verschlungene Wege in der Bildungspolitik**
Von JOHN EVERS
- 28 **Wie qualifiziert sind MigrantInnen?**
Von AUGUST GÄCHTER
- 35 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 36 **Selbstanklagen: Ganz oder gar nicht**
Von LUDWIG DVOŘÁK
- 40 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 42 **Die Geschichte von Hans und Hedi**
Von WOLFGANG FRITZ
- 47 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 48 **Buchtipps**
Sachliches
- 49 **THOMAS FATZINEK ALS DIE NACHT BEGANN ...**
- 50 **Was wäre austrokeynesianische
Wirtschaftspolitik heute?**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Kredite, Kohle, Kalorien

Elmar Altvater zählt seit Jahrzehnten zu den prominentesten wissenschaftlichen KapitalismuskritikerInnen. In seinem Beitrag für die ZUKUNFT setzt er sich mit der aktuellen Krise von Wirtschaft, Politik und Natur auseinander, deren Analyse auch im Mittelpunkt seines zuletzt erschienen Buchs steht.

Kaum war auf dem Brüsseler EU-Gipfel Ende Oktober 2010 der «Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität» beschlossen, musste er angeworfen werden. Irland, das sich zunächst gegen europäische Hilfe zur Bewältigung der Finanzkrise des Landes sträubte, wurden 85 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds von 750 Milliarden geradezu aufgedrängt. Denn es ging darum, eine Staatspleite abzuwenden, die auch in Portugal, Spanien, Belgien und Italien droht. *Principiis obsta!* Denn die durch eine dubiose Bankengarantie emporgeschnellte irische Staatsverschuldung könnte den Euro zum Absturz und das »europäische Haus« zum Einsturz bringen. Sollte es zu diesem großen Krach kommen, reichen die 750 Milliarden nicht.

Daher hat der Chef der deutschen Bundesbank eine Aufstockung auf mehr als 1000 Milliarden Euro gefordert. Mit diesen von der öffentlichen Hand garantierten Geldern könnten die hunderte von Milliarden Euro, die die europäischen Großbanken ausgeliehen haben, weiter bedient werden, selbst wenn große Länder im Euroraum über den Rand zur Zahlungsunfähigkeit stolpern sollten. Das Hilfspaket entpuppt sich also als eine Aktion zur Rettung der großen Banken, es hat einen *haut gout* der Korruption und des Betrugs, zumal mit den großen Banken die großen Vermögen gesichert wären, die bei den Banken lagern und mit denen sie rentierlich zu Gunsten der Geldvermögensbesitzer »arbeiten«. Sie drehen mit Regierungsunterstützung das ganz große Rad der Spekulation, und sie überrollen damit ganze Länder. Bewährter Finanzmechaniker des Krisenmechanismus ist der Internationale Währungsfonds, zu Hilfe gerufen von den EU-Gewaltigen, insbesondere von der deutschen und französischen Re-

gierung. Der IWF hat schon in seinem in den 1980er Jahren ausgearbeiteten Regelwerk zur Bewältigung der Schuldenkrise – damals der »Dritten Welt« – von den Schuldnerländern ein hartes Austerity-Regime der Kürzungen im Sozialetat, der Währungsabwertung zur Erhöhung der Exporteinnahmen und der Senkung von Lohnkosten verlangt und durchgesetzt. Das sollte im Konsens geschehen, im »Konsens von Washington«. An diesem Konzept waren neben IWF und Weltbank die US-Regierung, die Wall Street-Banken, die *think tanks* in Washington beteiligt. Dieser Konsens hat bis heute in den damit traktierten Ländern einen bösen Klang. Denn die Finanzmarktakteure haben Staaten und Gesellschaften in Geiselschaft nehmen können und den Krisenmechanismus als Umverteilungsmaschine von unten nach oben, von Schuldern zu Gläubigern, von Steuerzahlern zu als »systemrelevant« erklärten Finanzinstituten in Gang gesetzt.

Der Konsens war immer schon faul, auch in den 1980er Jahren, als er erfunden wurde. Heute ist das erst recht so, gerade auch in Europa. Das sowieso brüchige »europäische Sozialmodell« wird abgerüstet, die »europäische Wirtschaftsregierung« als deutsch-französisches Diktat gestaltet, die Ungleichgewichte zwischen den Partnerländern im Euroraum aber bleiben. Und das ist nicht alles. Denn die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit Beginn der 1930er Jahre findet auf einem »Gipfel« statt, auf dem »Peak everything« (Heinberg 2007): d. h. in Sichtweite der schwindenden Reserven von Öl und von anderen Rohstoffen, bedroht von »ungewöhnlichen Wetterereignissen« infolge der heraufziehenden Klimakatastrophe und von immensen und zwar irreversiblen Verlusten an Biodiversität. Die Versorgung von Milliarden Menschen mit

Nahrungsmitteln ist nicht mehr gesichert, der Hunger treibt sie auf die Straße, wie derzeit in der arabischen Welt. Über den Hunger in der Welt kann man nicht mehr sprechen, ohne sich mit den »Finanzinnovationen« der Finanzmärkte, mit der Spekulation auf steigende Nahrungsmittelpreise zu beschäftigen. Klimapolitik kann man mit marktbasierenden Instrumenten nicht machen, ohne sich über die verwendeten Finanzprodukte (CO₂-Zertifikate) und über die damit angeheizte Finanzspekulation zu unterhalten. Oil-Futures erlauben die Spekulation auf die zukünftige Ölpreisentwicklung.

DIE »MUTTER ALLER KRISEN«

Gesellschaften kollabieren nicht, wenn sie in eine schwere ökonomische und finanzielle Krise geraten. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind eine Art »Jungbrunnen« des Systems; Joseph A. Schumpeter spricht ihnen die Kraft der »schöpferischen Zerstörung« zu. Die Rentabilität des Kapitals wird gesteigert und seine Herrschaftsbasis erneuert. Bei den menschengemachten Naturkatastrophen ist das anders. Diese Zerstörungen sind nicht reversibel, und ihnen folgt keine schöpferische Großtat.

In der bisherigen Menschheitsgeschichte blieben in den ökologischen Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke; die Gesellschaften auf den Osterinseln verschwanden, die Kulturen der Maya oder der Inka auch (vgl. Diamond 2006). In Zeiten der Globalisierung jedoch haben alle regionalen Krisenerscheinungen globale Reichweite; ein globaler Kollaps von Klima, Energieversorgung und Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln hätte nicht nur monetäre Verluste wie in der Finanzkrise zur Folge, sondern die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen, die Vernichtung von Menschenleben.

Die Industrieländer sind dafür hauptverantwortlich, dort befindet sich das Epizentrum der globalen Systemkrise, daher stammt »die Mutter aller Krisen«: das Konsum- und Produktionsmodell der westlichen kapitalistischen Metropolen. Es

verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion, folglich auf Massenkonsum ausgelegt, und verbraucht daher auch massenhaft Natur, nämlich Rohstoffe, fossile Energie, Landflächen und es tendiert dazu, die Biodiversität monokulturell zu reduzieren. Was dies für Österreich bedeuten kann, ist gerade in einem größeren interdisziplinären Forschungsprojekt, koordiniert vom Umweltbüro Klagenfurt, untersucht worden (Klien-Projekt 2010). Zugleich sind die Industrieländer die Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten daher das Potential, der umfassenden Krise entgegen zu steuern. Doch werden zwar mit eiligen politischen Interventionen und mit viel Geld die Feuer im Finanzsektor zu löschen versucht, doch sie glimmen weiter und können erneut zum Flächenbrand werden. Zur Bekämpfung der Brände in der reproduktiven Realwirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Abkühlung des Treibhauses Erde oder bei der Energie- und Nahrungsmittelversorgung steht Geld hingegen nur unzureichend zur Verfügung. Da sind die bei der Rettung sogenannter systemrelevanter Bankhäuser so freigiebigen Finanzminister auf einmal knauserig.

VON DER FINANZKRISE ZUR SCHULDENKRISE

Die Ursachen der tiefsten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als nach dem Kollaps des Bretton Woods Systems fixierter Wechselkurse die Finanzmärkte liberalisiert und politische Regeln systematisch dereguliert wurden. Die weltweite Konkurrenz der Finanz-Standorte wird mit hohen Renditen und Zinsen ausgetragen, so dass seit dieser Zeit die Profite des Finanzsektors nachgerade explodieren. Er wächst daher sehr viel schneller als die »reale Ökonomie«, und das gilt für die Finanztransaktionen im Vergleich zu Welthandel oder Direktinvestitionen ebenso wie für Geldvermögensbestände oder Bankgewinne im Vergleich zu den Profiten in der »realen« Ökonomie.

Die Logik des »schnellen Geldes«, also Kurzfristigkeit der Planung, Shareholder value und halb-legale, manchmal kriminelle Machenschaften bestimmen nun das unternehmerische

Handeln. Finanzinnovationen haben die Gewinne zusammen mit Prämien und Boni im Finanzsektor in den siebten Himmel katapultiert. Mit Hilfe der Hebelwirkung – eine mikro-ökonomisch rationale Methode – haben die Banken immer mehr Fremdkapital eingesetzt, um die Gewinne zu steigern. Sie haben dabei Risiken in Kauf genommen, die der Vorsicht des »ehrbaren Kaufmanns« Hohn sprachen und sogar die vom »Baseler Abkommen« gesetzten Grenzen des haftenden Eigenkapitals nicht mehr respektierten.

FALL FÜR DEN KONKURSVERWALTER

Man wickelt mit speziell für spekulative Geschäfte gegründeten »Zweckgesellschaften« in die schwarzen Löcher der Weltwirtschaft, die Offshore-Finanzzentren aus, wo die Aufsicht, sofern überhaupt vorhanden, äußerst lax gehandhabt wird. Gesamtwirtschaftlich ist das alles irrational, da nun das Eigenkapital nicht mehr reicht, um die Risiken abzusichern, wenn diese denn eintreten. Und sie sind eingetreten. Das ist eigentlich ein Fall für den Konkursverwalter, doch kann man das Bankensystem nicht einfach zusammenbrechen lassen und sich – wie der Kaiser Nero im brennenden Rom am Inferno der ewigen Stadt – an den krachenden Banken und dummen Gesichtern der Ackermänner aller Finanzplätze erfreuen.

Die gesamte Welt wird in den Krisenstrudel gezogen. Es zeigt sich, dass Renditen von 20% und mehr auf das Eigenkapital bei realen Wachstumsraten von 1 bis 2% die Ökonomie strangulieren und der Umwelt wegen des hohen Energieverbrauchs und der Auswirkungen der Emissionen auf das Klima irreparablen Schaden zufügen und die Welt in extrem reiche Prämien-, Boni- und Renditenbezieher und eine ebenso extrem wachsende Masse armer und schlecht ernährter, ja hungernder Menschen spalten. Der Finanztsunami löst nicht nur verheerende Finanzkrisen aus, er zerstört gesellschaftliche Strukturen und bringt immer wieder die sowieso prekäre Machtbalance innerhalb der Nationen und zwischen ihnen durcheinander. Die Masseneinkommen bleiben in diesem tolen Karussell zurück, in allen Industrieländern ist nach An-

gaben des IWF der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen seit 1990 zum Teil um bis zu 10 Prozentpunkte gesunken.

Doch da die unmäßig hohen Forderungen des Finanzsektors real nicht dauerhaft bedient werden können, erweisen sie sich irgendwann als wertlos, die hohen Vermögenswerte sind illusionär. Das im Finanzsektor angelegte Kapital ist, wie schon Marx analysiert hat, »fiktives Kapital«. Es entsteht also ein immenser Abschreibungsbedarf auf verbrieft Forderungen, den niemand genau beziffern kann. Der IWF errechnete im Herbst 2009 2800 Milliarden US-Dollar, die Commerzbank gibt bis zu 7.800 Milliarden US-Dollar an.

Wer kommt für die Verluste auf? Die Finanzkraft der Staaten ist systematisch ausgehöhlt worden. Denn Banken und Unternehmen haben im Verein mit Beratungsinstitutionen und dem liberalen politischen *mainstream* einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze ausgelöst, so dass in ganz Europa die Unternehmenssteuern abgesenkt worden sind, in Irland beispielsweise auf lächerliche 12,5%. Das war lukrativ für alle Unternehmen, und deshalb siedelten sich tausende auf der grünen Insel an. Irland wurde als »keltischer Tiger« in den Himmel gelobt. Als aber die Regierung gezwungen wird, ihren Banken mit viel Geld, das sie nicht hat, unter die Arme zu greifen, explodierte das Staatsdefizit.

In Irland lag das öffentliche Defizit 2007 noch bei Null Prozent, zwei Jahre später, 2009 bei 14,4%. Tendenz rapide steigend. Für die Sozialisierung der privaten Schulden müssen nun die Bürger zahlen. Den Iren werden Sozialleistungen gekürzt, für die materielle Infrastruktur stehen keine Mittel zur Verfügung, viele öffentliche Güter werden nicht mehr oder nur in minderer Qualität bereit gestellt: Gesundheitsversorgung, Altersvorsorge oder Bildung und Ausbildung fallen der Finanzkrise zum Opfer. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen also den Preis für den »Euro-Rettungsschirm«, den die Partner im Euroraum zur Verteidigung der Währung aufspannen.

Die Maastricht-Kriterien werden nicht nur in Irland gerissen. Statt der 60% Schuldenquote bringen es die Euroländer im Durchschnitt auf 80%. Das Defizit beträgt zu Beginn des Jahres 2011 nicht die erlaubten 3% des Bruttoinlandsprodukts, sondern im Durchschnitt mehr als das Doppelte nämlich 6,3%. Nicht Banken werden staatlich kontrolliert, sondern der Steuerstaat wird zu Gunsten der Banken privatisiert. Die Souveränität steht im Fall der Staatspleite auf dem Spiel. In diesem Spiel geht es um das europäische Integrationsprojekt, um die Zukunft des Euro, um die staatliche Souveränität.

Die Finanzmärkte treiben die Politik vor sich her. Die einzelnen Euro-Staaten sind Teil eines Systems kommunizierender Röhren. Den Leistungsbilanzüberschüssen der einen Länder entsprechen Defizite anderswo. Die Schulden der Griechen können nur verringert werden, wenn dies auch mit den Vermögen beispielsweise in Deutschland passiert. Wie kann dies geschehen? Durch eine Vermögensbesteuerung. Doch diese wird in Berlin und anderswo strikt abgelehnt.

Immerhin kommt eine Insolvenzregelung ins Gespräch. Die Kredit gebenden Banken sollen an den Kosten der Entschuldung und daher auch an ihrer eigenen Rettung beteiligt werden. Das ist einer der wenigen vernünftigen Vorschläge zur Bewältigung der europäischen Krise seitens der deutschen Bundesregierung. Das »bail in« (der Gegensatz zum heutigen »bail out« der Banken) könnte tatsächlich eine Lösung sein. Doch dann dürfte man es den Banken nicht mehr gestatten, sich mit Hilfe der Rating-Agenturen bei ihren Schuldnern schadlos zu halten, indem diese mit hohen Risikoaufschlägen belastet werden. Griechenland musste auf dem Höhepunkt der Krise zehn Prozent mehr für Bankkredite zahlen als Deutschland. Eine Goldgrube für die Finanzinstitute – und ein Bleianker, der in die Tiefe zieht, für Griechenland.

Daher ist es verfehlt, die öffentliche Verschuldung als ein Zeichen verantwortungslosen Haushaltens zu interpretieren. Sie ist vielmehr – Ironie der Geschichte – das Gegenteil: eine

perverse Bedingung der Stabilisierung des privaten Finanzsystems. Den Banken geht es ja vor allem deshalb gut, weil sie von den Zentralbanken Geld zu sehr günstigen Konditionen erhalten, um es teuer an Staaten in Finanznot zu verleihen. Das bringt hohe Gewinne und Prämien für die Manager, und es ist fast risikolos, denn letztlich spannen die Mitgliedsländer des Euroraums für die Staatsschulden den Rettungsschirm.

DIE KRISEN DES NATURVERHÄLTNISSES

Den gibt es nicht gegen die Folgen der Verbrennung fossiler Energieträger. Deren Emissionen konzentrieren sich als Treibhausgase in der Atmosphäre. Der Konzentrationsgrad ist von vorindustriellen ca. 280 ppm auf heute etwa 380 ppm angestiegen. Das ist bereits das Maximum, wenn der Temperaturanstieg im Verlauf dieses Jahrhunderts die Marke von 2°C nicht überschreiten soll. Für mindestens 80% der Treibhausgaskonzentration sind die alten Industrieländer in Nordamerika und Westeuropa verantwortlich. Auch heute noch stammt der größte Teil der Emissionen aus den Auspuffs und Schloten der »reichen« Länder.

Der Anstieg der Erdmitteltemperatur hat größte Schäden zur Folge. Diese reichen vom Abschmelzen der Eiskappen an den Polen, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überflutungen küstennaher Gebiete, ausgedehnten Dürren mit Wüstenbildung bis zu ungewöhnlichen Wetterereignissen wie Hitzewellen oder zerstörerischen tropischen Stürmen und Überschwemmungen. Um diese Schäden einzudämmen, muss der CO₂-Ausstoß radikal reduziert werden. Ob dann aber das wirtschaftliche Wachstum so gesteigert werden kann, dass wieder Renditen von 20% auf Finanzpapiere zustande kommen, ist mehr als fraglich.

Fraglich ist auch die Geldbewertung der Folgen des Klimawandels. Mit der Kalkulation der Kosten in Euro oder US-Dollar wird implizit unterstellt, dass die Schäden reversibel und durch entsprechenden Geldaufwand zu vermeiden oder zu beheben seien. Doch in Geld lassen sich Umweltschäden

oder Veränderungen der Ökosystem erstens nicht aufwiegen und zweitens nicht rückgängig machen. Eine wirkliche Prävention ist nur möglich, wenn das Energieregime von der Quelle (der Extraktion des Öls aus dem Boden) bis zur Senke (der Deponierung der Treibhausgase in der Atmosphäre) umgebaut wird.

Aber die Kalkulation der monetären Kosten des Klimawandels und des Naturschutzes hat auch den Vorteil, dass Geldvermögensbesitzern, die auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen sind, nun Rohstofffonds, Oilfutures, Derivate von Rohstoffwerten, Fonds über Ackerfläche in Afrika oder Lateinamerika oder Emissionszertifikate (CO₂-Zertifikate) angeboten werden können. Die Finanzspekulation hakt die Immobilienblase bis 2008 ab und wendet sich Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu. Die Finanzspekulation übt so einen Einfluss auf die Preise fossiler Energie für die Motoren der Autos und auf die Preise von biotischer Energie für die Ernährung von Menschen sowie auf die Wirksamkeit von Klimapolitik aus.

Den spekulativen und – wie viele Beispiele zeigen – auch kriminellen Akteuren auf wenig regulierten Finanzmärkten einen beträchtlichen Einfluss auf Klima-, Energie- und Rohstoffpolitik und auf die Ernährungssicherheit von Milliarden Menschen zu überlassen und mit ihren kurzfristigen und kurzfristigen Profitinteressen das gesellschaftliche Naturverhältnis gestalten zu lassen, ist politisch verantwortungslos. Den Spekulanten kann nicht die Zukunft der Menschheit ausgeliefert werden.

STAU AUF DEN WEGEN AUS DER KRISE

Wie kommt man aus der Krise heraus? Anders als vor 80 Jahren gibt es den Keynesianischen Ausweg aus der Krise nicht. Erstens ist die Zinssouveränität der Zentralbanken in Zeiten der Globalisierung den Finanzmärkten geopfert worden und daher wären Versuche, das Zinsniveau der Geschäftsbanken mit Hilfe der Zentralbanken unter die »Grenzleistungsfähig-

keit des Kapitals« zu drücken, zum Scheitern verurteilt. Das ist keine schwierige Erkenntnis, denn die Staaten sind gefangen in der von Keynes gefürchteten Liquiditätsfalle: die Zentralbankzinsen befinden sich bei einem Prozent im Keller, und trotzdem wird nicht investiert, zumal die Banken das billige Geld an die verschuldeten Staaten zu einem satten Zinssatz ausleihen und schöne Gewinne aus der Zinsdifferenz einfahren können. Man müsste schon »mehr Protektionismus wagen« und die Freiheit des Kapitalverkehrs beschneiden, um dieses Geschäft auf Kosten der Steuerzahler zu unterbinden. Doch dazu sind die Regierungen des Euroraums nicht bereit.

Zweitens würde das nichts nutzen, weil Investitionen und Wachstum inzwischen an Grenzen stoßen, die im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts jenseits des Horizonts der politischen Wahrnehmung lagen. Das sind die Grenzen der Ressourcen und der Aufnahmefähigkeit der Natur für die Exkremente der Produktion und Konsumtion in der fossilen Zivilisation. Zwar wird das Ende der fossilen Energieträger inzwischen nicht mehr geleugnet; das Öl hat den Höhepunkt der Förderung erreicht oder wird ihn sehr bald erreichen (»Peakoil«). Das Angebot von Öl lässt sich nach dem Peak nicht mehr dauerhaft steigern. Sicher ist es möglich, kurzfristig die Ölförderung zu erhöhen.

Doch ist dies mit hohen Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur der Förderung (zumal im Falle »unkonventionellen Öls«, etwa bei Tiefseebohrungen), in den Transport (Pipelines), die militärische Sicherung der Transportrouten (etwa am Horn von Afrika) und die Verarbeitung (Raffinerien) verbunden. Da gleichzeitig die Nachfrage nach fossiler Energie in der Welt zunimmt, gehen auf freien unregulierten Märkten die Preise unweigerlich in die Höhe. Das ist auch eine Schussfolge des schon von der Bush-Regierung in Auftrag gegebenen Berichts über die Folgen von »Peak Oil« (Hirsch-Report 2005). Der Bericht mahnt daher, mindestens zehn Jahre vor Peakoil mit dem Umsteuern in Richtung einer nach-fossilen Wirtschaft anzufangen. Der Chefökonom der

Internationalen Energie-Agentur, Fatih Birol, datiert Peakoil etwa auf das Jahr 2020. Viele Öl-Geologen sind überzeugt, dass Peakoil bereits erreicht sei (dazu vgl. Teilbericht Zittel im Rahmen des Klien-Projekts 2010). Das radikale Umsteuern müsste also sofort beginnen – wenn es nicht bereits zu spät ist.

Die Internationale Energieagentur (IEA) berechnet den Investitionsbedarf der Ölindustrie und der dazugehörigen Infrastruktur bis 2030 auf 20 Billionen US-Dollar. Kann man mit riesigen Geldbeträgen die zur Neige gehenden Kohlenwasserstoffe ersetzen? Vorübergehend vielleicht, und man könnte etwas Zeit gewinnen. Doch um die Suche nach nicht-fossilen Auswegen kommt man in Zukunft nicht herum. Die »Abwrackprämie« mag ja vorübergehend Arbeitsplätze sichern. Doch sie verlängert auch das fossile Energiemodell, aus dem gerade ein Ausweg gefunden werden muss.

Auch im Klimaschutz bieten sich günstige Investitionsmöglichkeiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Das Volumen des Emissionshandels wird, wenn dieser vom europäischen Handelssystem auf die ganze Welt ausgedehnt würde bis zu 20 Billionen US-Dollar betragen. Das ist noch in den Zeiten vor Ausbruch der Finanzkrise berechnet worden, als das »Originieren« von Wertpapieren, z. B. von CO₂-Zertifikaten ein todsicheres Geschäft zu sein schien (vgl. dazu generell Altvater 2010). Doch diese Hoffnungen sind heute begraben.

Hinzu kämen noch Investitionen zum Anbau von Agro-Kraftstoffen, um die rückläufige Ölförderung zu kompensieren. Wenn dieser Effekt aber zustande kommt, nicht weil weniger mit dem Auto gefahren wird, sondern weil nun mehr Agro-Kraftstoffe in den Tank der Autos gefüllt werden, wird die Landnutzung von der Nahrungsmittelproduktion zur Spritdestille umgewidmet. Die unzureichend regulierte Flächennutzungskonkurrenz ist der wichtigste Grund für den starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln im Jahr 2008, für die Zunahme des Hungers und für die Hungerrevolten in vielen Ländern. Weil die fossilen und biotischen Energien zum Teil

substituierbar sind, wird es rentabel, bei steigendem Preis fossiler Energie die in Pflanzen gespeicherte biotische Energie als Energiequelle für Motoren zu nutzen (Genauer zu den Folgen: Klien-Projekt 2010).

Es ist ein gutes Geschäft, ganze Landstriche in Monokulturen für Agrosprit zu verwandeln – auch um den Preis des sich ausbreitenden Hungers in der Welt. Und tatsächlich ist »land grabbing«, also die langfristige Pacht von riesigen Ländereien in afrikanischen Staaten oder auch in Russland und Lateinamerika durch Länder mit hohen Devisenreserven ein expandierender Geschäftszweig, in dessen Gefolge aber Millionen Menschen mit dem Land auch die Nahrung genommen wird.

Doch sollte *drittens* nicht unter den Tisch fallen, dass der Ausweg vor 80 Jahren ins Desaster des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges führte. Der Ausweg war also keiner, und daher muss heute alles daran gesetzt werden, dass dies sich nicht wiederholt. Das ist ein normativ gut begründbarer ethischer Imperativ.

KONTROLLE DER FINANZMÄRKTE

Von Dublin über Lissabon und Paris bis Rom und Athen und Berlin gehen die Menschen auf die Straße. Sie erheben ihre Stimme zum lauten Protest gegen die Krise und die Umverteilung von unten nach oben. Die Alternative wäre »exit«, so wie die Iren oder die Griechen es in ihrer Geschichte schon immer praktiziert haben: sie sind abgehauen, ausgewandert. Das sind individuelle Lösungen, für den einen oder die andere. Sinnvoller wäre es, sich in gemeinsamer europäischer Anstrengung zu bewegen und die Politik in Richtung einer Kontrolle der Finanzmärkte zu verändern. Nicht die reale Ökonomie wird zu Gunsten der Finanzinstitutionen ausgepresst, sondern die Finanzmärkte sollen der realen Ökonomie und einem nachhaltigen Umgang mit der Natur dienen. Zu einer tragfähigen globalen Finanzarchitektur gehört also vor allem die Regulierung der Schnittstelle zwischen finanzieller und realer

Ökonomie. Wenn die Grenzen der Natur so deutlich zu Tage treten wie mit der prekärer werdenden Energieversorgung, den klimatischen Veränderungen, der Abnahme der Biodiversität, der zunehmenden Landnutzungskonkurrenz und wenn nicht weniger, sondern mehr Menschen als je zuvor Hunger leiden müssen, dann muss tatsächlich ein Modellwechsel von Wirtschaft und Gesellschaft ins Auge gefasst werden. 

ELMAR ALTVATER

ist Politikwissenschaftler und emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Er ist Autor globalisierungskritischer Standardwerke und viel gebuchter Vortragender, gehört dem wissenschaftlichen Beitrag von ATTAC an und war langjähriges Mitglied der Redaktion PROKLA. Zuletzt erschien die Kapitalismus-Abrechnung »Der große Krach: oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur« (Münster 2010).

LITERATUR

Altvater, Elmar (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, (Westfälisches Dampfboot) Münster | **Diamond, Jared** (2006): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt am Main | **Heinberg, Richard** (2007): Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island | **Hirsch-Report** (2005). Hirsch, Robert L./Bezdek, Roger/Wending, Robert. Peaking of World Oil Production: Impacts, Mitigation & Risk Management. Fevereiro de 2005: http://www.projectcensored.org/newsflash/The_Hirsch_Report_Proj_Cens.pdf | **Hirschman, Albert** (1970). Exit, Voice and Loyalty. Cambridge/Mass.: Harvard University Press | **Klien-Projekt 2010**: Österreichischer Klima- und Energiefonds: Studie »Save our Surface« im Auftrag des Österreichischen Klima- und Energiefonds, Umweltbüro Klagenfurt, Argumentarium und Teilberichte können über die website abgerufen werden: http://www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page_id=105

ALS DIE NACHT BEGANN ...

EIN COMIC VON THOMAS FATZINEK



Ausstellung

Thomas Fatzinek, Als die Nacht begann ... Comics.

Renner-Institut, 1120 Wien, Khleslplatz 12.

Bis Ende April

Montag bis Donnerstag 8–17 Uhr

Freitag 8–13 Uhr

Die Ausstellung im Renner-Institut zeigt eine Auswahl aus den Original-Linolschnitten von »Als die Nacht begann ...« und »Notizen zur Lektüre des Berichtes »Die Stärkeren« von Hermann Langbein« sowie aus den Schabkartons zu »Eine alte Geschichte. Der Fall Sacco und Vanzetti«. Zu beziehen sind die Comics im Renner-Institut oder im Internet unter <https://www.pictopia.at/shop/austro-comics/als-die-nacht-begann.php>

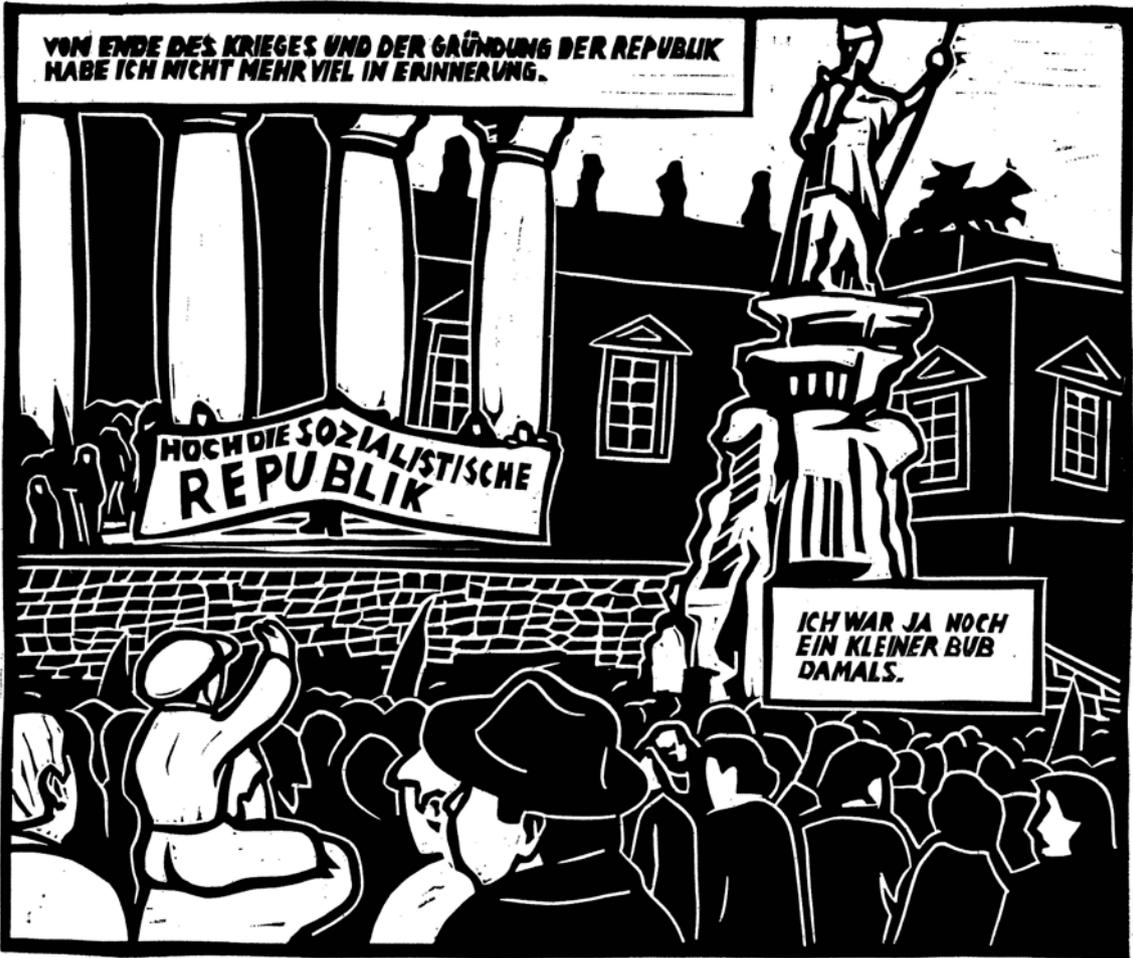
Die Bildgeschichte ist ein uraltes Medium zur Vermittlung von historischem Wissen und politischen Urteilen. Die Reliefs des Pergamonaltars erzählen die Geschichte, wie die neuen Götter die alten niedergerungen haben; der Teppich von Bayeux erzählt in der kunstvollen Verbindung von Bild und Schrift vom Kampf zwischen Edward und Harald um den englischen Königsthron. Gotische Glasfenster, bibliae pauperum und Kreuzwegstationen erzählen biblische Geschichten. Die Trajanssäule und die Säulen vor der Karlskirche in Wien huldigen den Eroberern mit Bildern ihrer erfolgreichen Feldzüge. Auch Albrecht Dürers »Apokalypse« und »Marienleben« sind comicsartige Text-Bild-Geschichten mit propagandistischem Inhalt. Im Revolutionsjahr 1848 erheiterten die »Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneter zur constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main« die Gemüter der fortschrittlich und demokratisch gesinnten Bürger, und das Rote Wien lachte über den dumm-dreisten Seicherl. Jacques Tardi zeichnete Comics über Frankreich im 1. Weltkrieg und brachte dabei auch Tabus wie die Geiselschießungen zur Sprache. Der US-Amerikaner Art Spiegelman, Sohn jüdischer Emigranten, erzählt die Geschichte eines Auschwitz-Überlebenden. Und heute gibt es in Wien die Initiative Comics gegen rechts www.comicsgegenrechts.at

Thomas Fatzinek, »Illustrator und Gschichtldrucker«, wie er sich selbst nennt, ist Mitglied dieser Initiative. Geboren 1965 in Linz, jobbte Thomas Fatzinek nach der Lithographenlehre als Altenhelfer, Häftlingsbetreuer, Lagerarbeiter, Siebdrucker, Spengler, Leiharbeiter, Scanner Operator, Zugfahrer im Zoo Schönbrunn und Briefträger. Er studierte Druckgraphik an der Wiener Kunstschule bei Georg Lebzelter und Sergius Kodera. Der Comic »Als die Nacht begann ...« war seine Diplomarbeit.

Thomas Fatzinek produziert seine Polit-Comics im traditionsreichen Hochdruck, der seit dem 15. Jahrhundert für politische Information und Agitation genutzt wird. »Als die Nacht begann ...«, in Linol geschnitten, erzählt die Geschichte eines jungen Sozialdemokraten in den Jahren 1927 bis 1934 in Wien. Die gründlich recherchierten historischen Fakten werden im Stile der oral history aus der Perspektive »von unten«, aus der Sicht der »kleinen Leute«, der Kämpfenden erzählt. Der Held steht selbstverständlich auf der Seite des Roten Wien und des linken Flügels der Sozialdemokratie, der verzweifelt gegen den österreichischen Faschismus gekämpft hat. Die Situationen, Stimmungen und Stellungnahmen der Agierenden entstammen deren persönlichem Erleben und sind individuelle Entscheidungen. Fatzinek erzählt eine lebendige Story, nicht eine Geschichte aus den Akten und Archiven. Deutlich zeigt er die zögerliche Haltung vieler SozialdemokratInnen zur Frage des Aufstandes – Waffen sind zwar da, werden aber nicht ausgegeben, die Stromabschaltung wird nicht als Zeichen für den Generalstreik, sondern als Kurzschluss interpretiert. Am Ende bleibt nur das Exil.

Die starken, sprechenden Bilder bieten trotz der Schwarz-Weiß-Darstellung keine Schwarzweißmalerei, sondern eine differenzierte, diskursive Darstellung der Ereignisse. Die vehemente Kraft der Bilder veranlasst, den kurzen, prägnanten Text zu lesen. Mittels ihrer charakteristischen Typographie reden die Hahnenschwänzler in deutschen Buchstaben.

Philipp Maurer

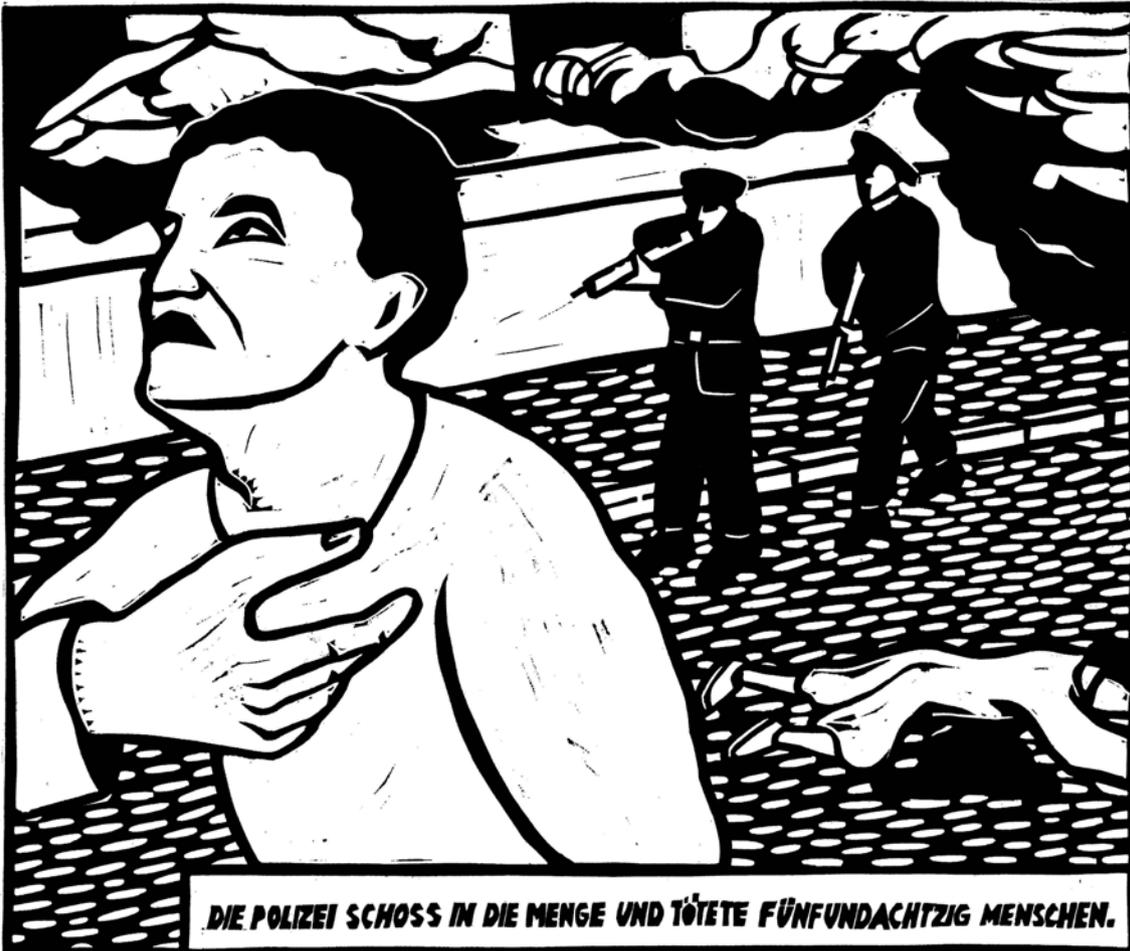


ABER DAFÜR WEISS ICH NOCH ALLES ÜBER DIESEN 15. JULI 1927.



AM VORTAG WAR EIN HEIMWEHRFASCHIST DER ZWEI ARBEITER ERMORDET HATTE, VOM GERICHT FREIGESPROCHEN WORDEN.





Noch ein Blick zurück

Unlängst traf ich wieder einen langjährigen sozialdemokratischen Funktionär, mit dem ich im Laufe meines Engagements als Politiker, aber auch davor, viel zu tun hatte und den ich mag. Es ist eine tiefe Zuneigung, wenn wir auch nicht privat befreundet sind.

Als ich den Dokumentationsbeitrag zum Schweigen der Familie Quandt auf ARTE sah (vgl. Fragen über Fragen 02/2011) fielen im Kommentar auch die Worte, dass sich ein Vermögen, das schuldbelastet erworben wurde, vererbt habe, ohne dass die Erben sich je zu dieser Schuld bekannt hätten. Und das löste in mir eine Erinnerung an ein Gespräch in einer durchwegs sozialdemokratischen Gruppe aus, in dem es um die Frage der Restitution von Vermögenswerten gegangen war, die jüdischen Eigentümern, die teils vertrieben, teils ermordet worden waren, entzogen und nie rückerstattet worden waren. Alle Teilnehmer waren in Sorge um die österreichische Wirtschaft, wenn hier im großen Stile rückerstattet werden sollte, was zuvor gestohlen oder abgepresst worden war.

Und in dieser Diskussion berichtete der oben genannte Funktionär von einem Gespräch mit seinen Kindern nach einer ZiB-Sendung, die über das Thema der Restitutionsforderungen in der Schweiz und nun auch in Österreich berichtet hatte. Die Kinder zeigten gar kein Verständnis für derartige Forderungen. Es müsse doch endlich Schluss sein mit diesen Geschichten. Und der sozialdemokratische Vater ebenfalls nicht. Er meinte in unserer Diskussion: »Schuld kann man doch nicht vererben.« Man könne doch nicht ewig über die Vergangenheit sprechen, über Vergangenes rechten. Es müsse endlich Schluss damit sein und mit den damit verbundenen Forderungen.

Aber: Ist das denn wirklich eine mögliche Position, gar eine sozialdemokratische Position? Eine haltbare Position? Wird gestohlenen oder durch Erpressung erworbenes Vermögen durch hinreichend langes Schweigen wohl erworbenes Vermögen?

Freilich: Schuld lässt sich nicht vererben – darin ganz anders als Vermögen. Aber was soll dann mit dem vererbten unrechtmäßig erworbenen Vermögen geschehen? Soll es, wer es dreißig, vierzig Jahre später noch hat, behalten dürfen? Eine Stichtagsregel? Und was wäre eine sozialdemokratische Position zu diesen Fragen?

Ich mag diesen mittlerweile alt gewordenen Sozialdemokraten weiterhin und es wird mir warm ums Herz, wenn ich ihm begegne. Aber diese Geschichte kann ich nicht vergessen und kann ich ihm nicht vergessen. Und ich frage mich, ob meine Gefühle konsistent sind.

• — •

Noch ein Nachschlag: Vielfach wird bei Diskussionen um diese Fragen eine ganz andere Geschichte als vermeintliches Gegengewicht, quasi als Ausgleich eingewendet: Das Leiden vieler Deutscher oder deutsch Sprechender im und vor allem nach dem zweiten Weltkrieg – die Vertreibungen, die erlittenen Vermögensverluste, die Weigerung der Staaten, aus denen die Betroffenen vertrieben wurden oder fliehen mussten, ihnen Verlorenes zu ersetzen. Bloß: Was hat die eine mit der anderen Geschichte gemein? Haben etwa die Juden den Krieg gegen das Deutsche Reich vom Zaun gebrochen?

Wer einen Krieg beginnt muss damit rechnen, dass das nicht ohne Verluste abgeht. Und wenn der begonnene Krieg verloren geht, dann kostet das extra. Man kann sich schon fragen, ob das Leid, ob die Verluste tatsächlich von denen zu tragen sind, die sie dann – zumindest teilweise – zufällig treffen. Aber erst mit dieser Frage sind wir an dem Punkt, an dem beide Geschichten zusammen hängen. 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der Zukunft.

**ICH WAR ZU DIESER ZEIT AUCH SCHON MITGLIED IM
REPUBLIKANISCHEN SCHUTZBUND. ES GAB DAMALS EINE
MENGE AUFMÄRSCHE UND PARTEIVERANSTALTUNGEN.**



**UND ES GAB UMSO MEHR, JE MACHT
LÖSER DIE ARBEITERKLASSE WURDE.**

**ALS AM NÄCHSTEN MORGEN
POLIZISTEN IN DIE LINZER
PARTEIZENTRALE EINDRINGEN
WOLLTEN, WURDEN SIE MIT
SCHÜSSEN EMPFANGEN.**

EL SCHIFF



**DIE KÄMPFE GRIFFEN SCHNELL AUF
WEITERE TEILE VON LINZ ÜBER.**



Begriff des Westens

Gerade angesichts politischer Krisen in Entwicklungsländern ist gerne die Rede von »westlichen Werten« oder »westlichen Standards«. Doch worin bestehen diese eigentlich? In seinem Beitrag macht sich Kurt Tudyka auf die Suche nach der Bedeutung des Begriffs des »Westens« heute.

Der Begriff »westlich« oder »Westen« wird in Tageszeitungen und Fernsehnachrichten ständig und zu Buchtiteln regelmäßig gebraucht. Wenn von »dem Westen«, von »westlichen Hauptstädten«, von den »Westmächten« oder von »westlichen Werten« die Rede ist, dann scheint schon jeder zu wissen, dass mit »Westen« etwas anderes gemeint ist, als eine Windrichtung oder die Gegend in der Himmelsrichtung, wo die Sonne untergeht. Die Suche nach einer Klärung des Begriffs »Westen« bei »Google« erbringt 10 300 000 Einträge. Das Nachschlagen in Meyer's-Enzyklopädie enthält nur einen Verweis auf »Abendland«.¹

Offensichtlich wird mit dem Begriff Unterschiedliches bezeichnet, er wird daher für Vielerlei gebraucht und sein Inhalt hat sich gewandelt. Doch es gibt Überlappungen und gemeinsame Wurzeln. Viele Bezeichnungen haben bis zur Gegenwart, – so auch der Titel der großen Bonner Ausstellung 2010, »Der Westen leuchtet«, eine nur oder vorwiegend geografisch-gebundene Bedeutung. Sie bezeichnen erst in zweiter Linie Eigenschaften und dann jeweils spezifische auf das Kompositum beschränkte. So verhielt es sich auch wiederum um die Kölner »Westkunst«-Ausstellung von 1981.²

ÄRMER UND ROHER

Ein anderes, schon weitergehendes Beispiel bietet Dehios Kultururteil 1926: »Alles, was die Westvölker Zivilisation nennen, war bei den Deutschen im 18. Jahrhundert, ärmer und roher als bei diesen.«³ Und so ähnlich äußerte sich der Kurator der Ausstellung »60 Jahre / 60 Werke« 2009 im Berliner Gropius-Bau, Siegfried Gohr, der DDR-Künstler ob ihrer Obsoletheit als »ostdeutsche Spezialität« rigoros ausschloss, weil sie nicht an die Avantgarde des Westens heran reichte.⁴

Kulturgeschichtlich als Äquivalent für Abendland wurde schon am Ende des 18. Jahrhunderts von Johann Gottfried Herder »Westwelt« gebraucht⁵, wie von vielen vorher oder nachher Okzident als Gegensatz von Orient. Und für Altkonservative ist auch heute noch der echte und wahre »Westen« nur ein Substitut des Abendlandes.⁶ Als »Westwelt« bezeichnete man auch die »neue Welt«, ohne damit – ebenso wie bei dem populär gebliebenen »wilden Westen« nur eine geografische Kennzeichnung und bei dem »Western«, »Westler« oder »Wessi« nur eine Herkunftsbezeichnung zu verstehen. Eine regierungsnaher Agentur wirbt für Österreich »als mitteleuropäisches Land westlicher Prägung«⁷.

Zahllos sind retrospektiv platzierte Etiketten, wie Ost- und Westrom, Ost- und Westgoten usw. Im ähnlichen Verständnis wie teilweise heute ist wohl erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts der Begriff »Westen« bzw. »westlich« außenpolitisch bzw. zwischenstaatlich gebraucht worden. Als »Westmächte« wurden schon im Krimkrieg 1853/56 Frankreich und England bezeichnet, die auf Seiten des Osmanischen Reiches gegen Russland kämpften. Doch es sollte noch fünfzig Jahre dauern, dass aus Frankreich und England *die* »Westmächte« und zwar 1905 mit deren Entente cordiale wurden. In den diplomatischen Manövern jener Zeit diente sie deren Schutz vor den weltpolitischen Ambitionen des Deutschen Kaiserreiches.

Mit dem Eintritt der USA 1917 in den Ersten Weltkrieg gewann der diplomatische Begriff der »Westmächte« oder des »Westens« endgültig jenen Kern, den er bis heute aufweist. Die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich wurden zu den Kernstaaten des »Westens« als militärpolitische Allianz. Seine vorläufig stärkste Ausprägung erhielt die Forma-

- 1 Mit einem geistesgeschichtlichen Artikel von Friedrich Heer, Bd. 1, Mannheim 1979, S. 57 – 64
- 2 Texte zur Kunst, Heft Nr. 50 / Juni 2003 »Fünfziger Jahre«, 96 Wir hatten von den Künstlern gelernt YA, Ein Interview mit Laszlo Glozer von Sigrid Ruby
- 3 Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Bd. 3, 1926 zit. n. Grimm, a.a.O. Sp. 653
- 4 Siegfried Gohr, Sechzig Jahre. Sechzig Werke, Debatte um Ost/West-Kunst, www.ost-west-kunst.de
- 5 Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, München 1984, Sp.654
- 6 Den Einsatz für »abendländische Werte« belohnt eine Schweizer Stiftung »Stiftung für Abendländische Besinnung«, FAZ Nr. 13, 16.1.2004, S. 31
- 7 Großanzeige der Austrian Business Agency, FAZ Nr. 15, 19.1.2004, S.13
- 8 Eine sozialwissenschaftliche, umfängliche Behandlung aus einer marxistischen Sicht bietet der von Ernst Engelberg und Wolfgang Küttler herausgegebene Band Formationstheorie und Geschichte, Berlin 1978. Auch von Geologen und Botanikern wird der Begriff gebraucht.

- 9 Dieter Senghaas verwendet den institutionellen Namen OECD-Welt mit seiner industriewirtschaftlichen Konnotation, in: Zum irdischen Frieden, Ffm. 2004, S.163ff., 265ff.
- 10 So z. B. durch den nigerianischen Außenminister Dubem Onyia oder seinen südafrikanischen Kollegen Siphon M. Pityana, in: Internationale Politik, H.3, 2001, S. 17; Jürgen Zimmer nennt ähnlich, doch historisch erweiternd die »ehemaligen Kolonialmächte« und die »früheren Siedlerkolonien«, a.a.O.
- 11 So umfasst westliche Philosophie nach heutigem, retrospektiven Verständnis eine Reihe so unterschiedlicher Autoren von Sokrates, Plato, Aristoteles über Locke, Hegel, Marx, Kierkegaard, Darwin, Nietzsche, Freud bis zu heutigen Natur- und Sozialwissenschaftlern, vgl.: Nils Gijlje, Gunnar Skirbekk, A History of Western Thought, London 2001, Bertrand Russell, History of Western Philosophy, Neuaufl. London 2000

tion nach 1947 mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition, dem Beginn des »Kalten Krieges« und der Bildung der NATO. Es entstand ein Antagonismus Ost versus West, der bald weit über die militärpolitische Konfrontation hinaus ging. Man sprach wertebetont und programmatisch von »zwei Lagern« oder vom »Wettkampf der Systeme«.

Nach dem Überblick des Gebrauchs der Vokabeln »Westen« und »westlich« will ich eine Definition wagen: »Westen« ist ein mehrfach geformtes und strukturiertes Gefüge sich ähnelnder Einheiten. Sozialwissenschaftler nennen solche Gebilde eine Formation⁸. Diese Bezeichnung eignet sich auch für den »Westen«. Verwandt ist der Begriff »Erste Welt«.⁹

1. DIE MEHRSCICHTIGKEIT DES WESTENS

Die Formation, genannt »Westen« oder »westlich«, ist historisch mehrschichtig. Ich will einfachheitshalber drei Schichten unterscheiden, eine politische, eine wirtschaftliche und eine kulturelle. Jeder Schicht hat auch noch verschiedene Lagen. Die politische lässt sich nach einer militärischen, zwischenstaatlichen und innerstaatlichen unterscheiden. Militärisch stellt sich der »Westen« als »Westbündnis« in Gestalt der NATO dar. Die NATO ist auch eine Wertegemeinschaft, lautet betont das Mantra.

Durch ihre ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der VN profilieren sich die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich nach wie vor in der Weltöffentlichkeit als *die* »Westmächte«, d.h. als die politischen Akteure des »Westens«. Mit diesen drei Staaten ist die internationale Marke »Westen« unlösbar verbunden, was ihre Regierungen auch anstellen. Hinzugekommen sind zu dieser Kategorie nach Wahrnehmung und Selbstverständnis in unterschiedlichen Graden benachbarte Staaten, wie Kanada, die Niederlande und Belgien sowie Deutschland. Andere Mitglieder der NATO werden in dem Sinn in den Augen außenstehender Dritter eher als »westlich verbündet« qualifiziert oder der »westlichen Staatengemeinschaft« zugeordnet.¹⁰

Seit dem erwähnten Beitritt der USA zu der französisch-englischen Staatenkoalition in 1917 gehört zum »Westen« die in seinem Namen proklamierte Botschaft für ein anderes Verhältnis der Staaten und Völker miteinander und der Völker zu ihren Staaten untereinander. »Westliche« Außenpolitik bezeichnete fortan nicht nur deren Akteure, sondern diente auch untrennbar und letztlich besonders als Kriterium für ihre Inhalte. Von einer ausschließlich auf die einseitige Verfolgung nationaler Interessen setzenden Machtpolitik gegenüber Anderen wollte sich »westliche« Politik durch Anerkennung und Ausgleich wechselseitiger Interessen und durch Zusammenarbeit vor allem auch bei der Verwirklichung übergreifender Ordnungsvorstellungen auf der Grundlage international gemeinsamer Werte und Ziele unterscheiden. Dazu gehörten mittels der Stärkung des Völkerrechts und der Schaffung internationaler Organisationen vor allem friedliche Streit-schlichtung, Abrüstung und Selbstbestimmung.

Die Kennzeichnung eines zwischenstaatlichen Verhältnisses als »westlich« entspricht ein zunächst unabhängig davon entstandene und periodisch geformte innerstaatliche und gesellschaftliche, transnationale Formation. »Westlich« bezeichnet hier ein politisches System und eine Wirtschaftsweise einschließlich der sie leitenden Ideen – schlagwortartig Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Kapitalismus. Demokratie entfaltet sich als Pressefreiheit, Mehrparteiensystem, Verbändepluralismus, freie, gleiche und geheime Wahlen für politische Ämter, Gewaltenteilung, Säkularisierung, d.h. Trennung von Staat und Kirche und Individualisierung von Wertvorstellungen.¹¹

Mit dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft ideengeschichtlich unterschiedlich verwandt ist die »westliche« Sphäre oder die Kategorie des »Westens«, die als »westliche Zivilisation« oder »westliche Kultur« bezeichnet wird. Ausgangspunkte sind Rationalismus, Individualismus, privates Eigentum der Produktionsmittel, Arbeitsteilung, Verfügung über freie Arbeit. Den Antrieb bilden die kapitalistische Produktionsweise

und die entsprechenden Produktionsverhältnisse. Sie führten zu einer historisch beispiellosen wissenschaftlich-technischen Entwicklung, Steigerung der Produktivität, Massenproduktion, Kapitalvermehrung durch Profitmaximierung, Zentralisation und Konzentration von Kapital und letztlich Erhöhung des Volkseinkommen und dessen extrem ungleiche Verteilung. Sie bestimmen wirtschaftliche und soziale Verkehrs- sowie Lebensformen, die als »westlich« gelten. Stichworte sind vor dem Hintergrund eines vergleichsweise weltweit höheren Lebensstandards: Konsum-, Überfluss- und Freizeitgesellschaft. Zur Formation der »Westlichkeit« gehört ein aus der Tradition sich lösendes und fortentwickelndes künstlerisches Schaffen, eine daraus entspringende besondere Art von bildender und darstellender Kunst, von Literatur und Musik. Stichworte sind hier Individualismus, Avantgarde und Moderne.

2. ZUR ENTWICKLUNG DES »WESTENS«

Als Anfang der 1990er Jahre der Ost-West-Konflikt endete, war damit auch das erloschen, was bis dahin politisch als »Ostblock«, kurz »Osten« begriffen wurde. Doch das militärische »Westbündnis« in Form der NATO blieb bestehen; es erweiterte sich sogar nach Mitgliedern, Aufgaben und Einsatzgebieten. Es wandelte sich von einem Verteidigungs- zu einem Interventionsbündnis, um Konflikte zu verhüten und Krisen zu bewältigen mit Einsätzen »out-of-area« und »out of defence«. Das heißt konkret so viel wie jenseits des »Westens« und jenseits des ursprünglichen Verteidigungsauftrags. Des Weiteren nahm sich die NATO das Recht, auch ohne Mandat der VN in Krisengebieten zu intervenieren.

Vergleichbar mit der Herausforderung durch die Sowjetunion vor sechzig Jahren hat der internationale Terrorismus zu einer militärischen Mobilisierung des »Westens« geführt. Die militärische Suprematie des Westens ist ungebrochen. Daran und insofern ist »der Westen« zu identifizieren. Er agiert militärisch an vielen Plätzen seit neun Jahren in und rund um Asien und Afrika gegen Gegner, die mit dem Islam in Verbindung gebracht werden.

Der »Westen«, hier zunächst im Mantel der militärischen Allianz, hat eine hierarchische und hegemoniale Struktur. Die oberen Ränge nehmen die Kernwaffenstaaten, die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich, ein. Derzeit sind im Rahmen der NATO etwa 240 US-Atomwaffen in Europa stationiert. Hegemon sind die USA, die gleichzeitig weltweit eine Stellung als einzige »Supermacht« einnehmen. Die Hegemonie, als Verhältnis freiwilliger Gefolgschaft und Führung, drückt sich institutionell besonders in der NATO aus. Sie ist faktisch ein Bündnis mit den USA. Washington erscheint als Hauptstadt der »westlichen« politischen Welt.

Unterschiedlich sind die Einstellungen zu diesem Beherrschungsverhältnis. In Europa werden die USA als Vormacht und »westliche« Führungsmacht im Rahmen eines Bündnisses interpretiert, dessen andere Teilnehmer sich die Rollen des »treuen Bundesgenossen«, des »Juniorpartners« oder der »special relationship« zuschreiben. 2004 hoffte Jürgen Habermas, dass »der hegemoniale Unilateralismus der Vereinigten Staaten die Einsicht verstärkt (hat), dass Europa lernen muss, in der Welt mit einer Stimme zu sprechen«¹². Der Lernprozess ist ausgeblieben. So wäre eine entgegengesetzte Option die Atlantische Union und damit der Anschluss Europas an die USA.¹³

Eine Facette von »Westlichkeit«, auch mit dem Etikett »westliche Demokratie« versehen, findet sich heute in etwa der Hälfte der Länder der Welt mehr oder minder formuliert und gelebt. Das legt die Unterscheidung nahe, von Gesellschaften des »Westens«, wie z.B. Frankreich und von »westlichen Gesellschaften«, wie z.B. Neuseeland zu sprechen. Äußerliche Formen, die den Institutionen »westlicher Demokratien« nachgebildet sind, finden sich im politischen System sogar fast aller heute bestehenden 195 Staaten; die bedeutendste Ausnahme bildet China. Alle Staaten bekennen sich – außer dem Vatikan – anders als im letzten Jahrhundert nominell zur »Demokratie«. Bei näherem Hinsehen zeigen sich erhebliche Unterschiede auch in den traditionellen »westlichen Demokratien«, von der Wahlrechtspraxis bis zu den Menschenrech-

¹²Jürgen Habermas, a.a.O. S.66

¹³Dazu Kurt P. Tudyka, Hegemonie und Globokratie, Baden-Baden 2003, S. 100–114

¹⁴Werner Rügemer, 3.2.2007 – Vom Balken im Auge der westlichen Wertegesellschaft, WDR 3.2.2007, S. 2

ten. Eine Leitbildfunktion der USA oder anderer westlicher Staaten ist hier nicht erkennbar. Gleichwohl fordern sie auf verschiedene Weise und oft massiv die globale Ausbreitung dessen, was sie als überlegene Gesellschaftsform für Frieden und Wohlstand betrachten. Darunter verstehen sie allerdings eher »Marktwirtschaft« als Demokratie.¹⁴

Was den »Westen« wirtschaftlich und kulturell charakterisierte, ist heute expandiert, so dass er dabei nicht mehr identifizierbar ist. »Westlichkeit« als Qualität ist mobil, transferierbar und erlernbar geworden. Noch gibt es für diese weltweite Expansion von einstiger »Westlichkeit« das us-amerikanische Leitbild. Nach dem Ersten Weltkrieg schon bemerkte ein deutscher Schriftsteller – es war Kurt Tucholsky – zivilisationskritisch, die Welt stecke in einer Uniform mit amerikanischen Knöpfen. Er zielte damals auf die Tendenzen zur Konformität der Alltagskultur, wie sie sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Massengeschmack abzeichneten.

Tatsächlich ist der wirtschaftliche und kommerzielle »Westen« – gewiss noch qualitativ und quantitativ unterschiedlich – überall zu finden, in Moskau und Shanghai, in Kairo und Johannesburg. Seine Erkennungszeichen sind die Coca-Cola-Flasche und der McDonald-Imbiss, Micro Soft und die Disco, CNN und Google, die Rating-Agentur und die Hedge Fonds, die Kreditkarte und der Dow Jones Index, Hollywood und Mac Kinsey, Facebook und Second Life usw.

»Westliche« Wissenschaft und Technik sind zur Welt-Technologie geworden. Eine gleichförmige Weltwirtschaft und Weltkultur breitet sich zunehmend aus. In China, Indien, in der arabischen Welt oder anderenorts wird nach »westlichem Muster« produziert, werden Städte, Gebäude und Verkehrswege gebaut. Der »Westen« als Produktions- und Zirkulationssphäre ist überall anzutreffen und wird als »Westen« nicht mehr wahr genommen. Was einst als »westlicher Lebensstil« galt, wird nachgeahmt. Nichts, was sich nicht eignete, zur Ware zu werden. Beethoven und Maradona sind überall.

Solcher sozialer Wandel wird manchmal in Worte wie »Globalisierung«, »Modernisierung« und sogar »Westernisierung« gekleidet, die eine harmlose bis gefällige Offenheit und Aufgeschlossenheit der Marktgesellschaft auszeichne. Beklagt wird manchmal kulturkritisch die verbreitete Monotonie, Nivellierung und »Vermassung« solcherlei Fortschritts. Unbeachtet bleiben meist die vertikalen Ordinaten, d. h. Antworten auf die Fragen nach Anpassung an wen und durch wen und damit nach den Einflussverhältnissen und der Herrschaftsdimension. So wird großzügig übersehen, dass die Parameter der »Globalisierung« in Massachusetts, Kalifornien, Texas oder Michigan definiert werden und eben nicht irgendwoher aus dem »Westen« stammen, sei es der Kanton Genf, das Quartier Latin oder die City of London. Und wer die Parameter definiert, definiert die Bedingungen für Legitimation und damit auch die Strukturen von Einfluss und Machtausübung. Für einen großen Sektor der wirtschaftlichen und kulturellen »Verwestlichung« sind die USA Zentrum, Vorbild und Maß.

Der genannte amerikanische Zuschnitt der Uniformierung ist inzwischen mehr oder minder in allen Bereichen der Gesellschaft, öffentlichen wie privaten, bei Ausbildung, Arbeits- und Sozialverhältnisse spürbar. Er hielt Einzug bei Unternehmen, im Zahlungsverkehr, bei Organisationen, Medien, Kunst und Kommunikation und nicht zuletzt bei individuellen Formen und sogar Inhalten der Lebensgestaltung. Er findet sich im Selbstverständnis und im Verhalten der Menschen.

Unbestreitbar hat sich der soziale Wandel nicht nur verbreitet und vertieft, sondern seit den achtziger Jahren auch nach neoliberalen Grundsätzen beschleunigt. Die Kommerzialisierung und Privatisierung der »Öffentlichkeit« triumphierte. Noch sind die Rufe unüberhörbar, diese »Entstaatlichung« zu verstärken. Ein Programm heißt »PPP=Private Public Partnership«, eine Parole heißt »Privat statt Staat«. Die europäischen Qualitäten der Kultur- und Sozialpolitik gleichen bereits Inseln, die von der neoliberalen Flut amerikanischer

- 15 Adorno, Horkheimer, Nijmegen 1944; in 2010 bemühten sich die Veranstalter einer Reihe von Lesungen usw. im Rahmen des Jahres Kulturhauptstadt Europa um eine Aufklärung der Aufklärung, Bochum 2010.
- 16 Michael Hardt, Antonio Negri, Empire - Die neue Weltordnung, Frankfurt 2002, S. 11
- 17 Dazu ausführlich und kritisch Claudia Derichs, Universalität und Kulturspezifität das Modell westlicher Demokratie in der Defensive?, in: Michael Greven, Demokratie eine Kultur des Westens?, Opladen 1998, S. 111

Provenienz angefochten werden. »Sponsorship«, »Charity«, Wohltätigkeit, philanthropische Gesinnung treten an die Stelle von Gemeinschaftsaufgaben und dem Anspruch auf menschenwürdiges Leben. Eine zunehmend größere Kluft hat sich zwischen Reichtum und Armut aufgetan. Die allerorten betriebenen »Tafeln« sind ein realer Ausdruck dieser Tendenz. Die Mittelschicht schrumpft. Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, wie sie Helmut Schelsky vor 50 Jahren schilderte, klingt wie ein fernes Märchen.

Gleichwohl, über die USA hinaus, in Kanada, Europa, Australien und Neuseeland sowie Japan und großen Teilen Lateinamerikas übt die Dichte »westlicher Errungenschaft« – hoher Lebensstandard, Reichtum und friedliche Verhältnisse – eine starke Anziehungskraft aus auf Menschen in Territorien, in denen »Westlichkeit« nur einen dünnen Firnis über die realen Lebensverhältnisse bildet. In dem Zusammenhang gilt: »Westen« ist dort, wo es den Leuten besser geht. Wenn sich die »westliche« wirtschaftliche Urheberschaft und soziale Errungenschaften von der Formation des Westens gelöst und globalisiert haben, ist freilich zu fragen, wo der Nicht-Westen geblieben ist? Hat sich gar der »Westen« »entwestlicht«, indem die Welt »verwestlichte«? Das erinnert an Adornos und Horkheimers »Dialektik der Aufklärung«¹⁵. Hardt und Negri schrieben vor zehn Jahren: »Wir finden fortwährend die ›Erste Welt‹ in der Dritten wieder, die Dritte in der Ersten, die Zweite hingegen fast nirgendwo.«¹⁶

Was bleibt vom »Westen«?

- In der Sphäre des »Westens« selbst sind die innerstaatlichen und gesellschaftlichen Behauptungen »westlicher Werte«, Prinzipien, Normen und Institutionen unglaubwürdig geworden und zu realitätsfernen Ideologien verkommen.
- Die unter Berufung auf bestimmte ideengeschichtliche oder religiöse Traditionen reklamierte »Westlichkeit«, wie Christentum, Humanismus, Liberalismus, Demokratie oder Sozialismus¹⁷, steht in einer beispellos offe-

nen Diskrepanz zur gesellschaftlichen Realität und dem individuellen Verhalten sowie zum Regierungshandeln der Akteure der Regionen, die vordem als »Westen« oder »westlich« galten. Eine früher reklamierte »moralische Überlegenheit des Westens« ist hohl geworden und wird als Heuchelei und Anmaßung von der islamischen bis zur chinesischen Welt nicht mehr ernst genommen.

- Vom »Westen« unterscheidbare, also »antiwestliche« Eigenheiten sind – auf einem globalen Fleckerlteppich verstreut – fanatisch verteidigte Residuen, radikale Abschottung kommerzialisierte Folklore, desperate Fiktionen, realitätsblinde Ideologie, sektiererhafte moralische Aufrüstung geworden. Territoriale Beispiele für ein oder mehr Teile dieser Kennzeichen sind u. a. Gaza, der Iran, Somalia, Birma, Nordkorea. Nach Beginn des 21. Jahrhunderts kann einzeln oder gar zusammengefasst weder »Westen« noch »Westlichkeit« als Ober- oder Sammelbegriff die heterogenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen überzeugend unter einem Wertehimmel vereinen. Jeder Versuch dazu endete nicht nur in einem heillosen Eklektizismus, sondern auch in einer unerträglichen Widersprüchlichkeit oder selbstverständlichen Banalität. Dem »Westen« mangelt es an Konturen und an Profil.
- Der »Westen« ist fragmentiert und deformiert: Seine militärische Formation ist definierbar; andere Schichten seiner Formation haben sich »entgrenzt«.

KURT P. TUDYKA

ist Professor emeritus für Politikwissenschaft der Universität Nijmegen. Er ist als Gastprofessor und Lehrbeauftragter an zahlreichen europäischen Universitäten tätig und war Chefredakteur des Jahrbuches »Organizational Aspects« der OSZE, das vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH) herausgegeben wird.



Verschlungene Wege in der Bildungspolitik

Im »hundertsten Jahre Kreiskys« wird zwar durch mehrere Initiativen das Nachholen von Hauptschulabschlüssen spürbar erleichtert. Gleichzeitig entstehen am Weg zum Studium im zweiten Bildungsweg durch die erweiterten Selektionsmechanismen im Hochschulbereich neue Hürden. John Evers über die widersprüchlichen Signale und die Bedeutung von Symbolen in der Bildungspolitik.

Zunächst die gute Nachricht: Im Bereich Basisbildung/Nachholen des Hauptschulabschlusses ist Einiges in Bewegung geraten. Basierend auf den entsprechenden Regierungsbeschlüssen hat eine von BM Schmied eingesetzte Kommission ein Modell für eine neue Bildungsoffensive erarbeitet. Bundesweit sollen künftig Kurs- und Beratungsangebote nach einheitlichen Qualitätskriterien angeboten werden. Niedrigschwellig, kostenfrei und durchlässig sollen diese Angebote sein. Bei den (künftigen) KursteilnehmerInnen soll die Stärkung von Kompetenzen und nicht das ständige Schielen auf vorhandene Defizite im Vordergrund stehen.

Auch Überlegungen, wie die entsprechenden Zielgruppen erreicht und angesprochen werden könnten, wurden überlegt. Die schlechte Nachricht: Pünktlich zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky werden weitere Bildungshürden verkündet: Neben einer neuen »Mittleren Reife« (Copyright övp) soll eine Studieneingangsphase mit nur einer Wiederholungsmöglichkeit pro Prüfung scharf selektieren. Kann der Kampf gegen Bildungsbenachteiligung so funktionieren?

BEISPIEL STUDIENBERECHTIGUNGSPRÜFUNG

»Der größte Selektionsmechanismus ist die Matura. Dank der unglaublichen Borniertheit der Bildungspolitik der letzten 30 Jahre entscheidet über Gymnasium und Matura oder nicht nach wie vor der Kontostand der Eltern. Auf der Uni geht es munter weiter. Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren (die für viele Studierende weiter gelten), überfüllte Hörsäle, ein marodes Stipendiensystem und der Zwang, nebenbei arbeiten zu müssen, machen es Studierenden aus sozial schwa-

chen Familien sehr schwer.« (vsstö-Wien-Vorsitzende Natasa Strobl, Der Standard, 29.10.2010)

Seit Jahrzehnten bedeutet die Studienberechtigungsprüfung (SBP) demgegenüber den im Grunde einzigen Weg, ein ordentliches Studium ohne Matura zu absolvieren. Als inhaltliche Voraussetzung schreibt der Gesetzgeber eine berufliche oder außerberufliche Vorbildung – bezogen auf die gewählte Studienrichtung – vor. Nonformal und informell Erlerntes – vom Sprachkurs, über das Ehrenamt beim Bezirksmuseum bis hin zur Betriebsratstätigkeit – kann also unter Umständen etwa eingebracht werden. Wer keine Vorbildung für das gewünschte Studium mitbringt, konnte diese, zumindest in Wien, bisher relativ unbürokratisch nachholen.

Die Studienberechtigungsprüfung selbst besteht – mit einer Ausnahme (Deutsch-Aufsatz) – aus studienspezifischen Pflicht- und Wahlfächern, die zum Teil an Einrichtungen der Erwachsenenbildung absolviert werden können bzw. an die Universität abzulegen sind. Besonders positiv: Die SBP ist als einziger »Weg« im Zweiten Bildungsweg – also z.B. AHS-Matura oder Berufsreifeprüfung – auch »stipendienfähig«. Das bedeutet, dass Menschen, die – z.B. aufgrund längerer Berufstätigkeit – die sozialen Kriterien für ein Stipendium erfüllen, können dies bereits auch für die Absolvierung der SBP lukrieren. An sich liegt hier somit ein geniales und verblüffend modernes Grundkonzept vor: Menschen sollen entsprechend ihrer Interessen und Kompetenzen, unter Umständen sogar staatlich unterstützt, studieren können. Allerdings erfuhr dieses emanzipative Konzept bereits traditionell auf drei Ebenen Beschränkungen: Erstens durch Altersklauseln beim Zugang

zur SBP (Mindestalter 22/20 Jahre) bzw. zum Stipendium (Maximalalter 30/35 Jahre), zweitens durch die entstehenden Kosten/Gebühren für Kurse und Prüfungen und drittens durch formelle und informelle Hürden, die speziell Menschen mit Migrationshintergrund treffen können.

Gesetzliche Neuregelungen im Kontext mit deren Anpassung an den Bolognaprozess im Jahr 2010 (weitgehende Auslagerung der SBP-Kompetenz an die zulassenden Universitäten) haben diese Hürden kaum entschärft. Ein Blick in die Praxis zeigt eher das Gegenteil.

Die einzige wesentliche Verbesserung gab es durch die Senkung der Altersklausel von 22 auf 20 Jahre für die universitäre SBP. (Studienberechtigungsprüfungen z. B. für Kollegs können allerdings weiter erst ab dem 22. Lebensjahr absolviert werden.) Trotzdem geht es offenbar weiter darum, die Matura bzw. ihr ideales Absolvierungsalter (18) irgendwie vor der Alternative Studienberechtigungsprüfung zu »schützen«.

Denn warum soll z. B. eine 19-jährige, die an sich alle SBP-Kriterien erfüllt, sonst nicht auch über die SBP studieren dürfen? Die bisher gültige, »altersdiskriminierende« Stipendienregelung blieb demgegenüber – weil eine andere gesetzliche Materie – unberührt. Es heisst also weiterhin: Geld zum Leben für besonders Bildungshungrige kann für die SBP (bzw. in der Folge das Studium) bis 30 beantragt werden. Wer schon zwischen 30 und 35 ist, muss jeweils ein zusätzliches Jahr Berufstätigkeit nachweisen. Für die Generation 35+ kommt der Wunsch »Vollzeit« SBP und Studium zu absolvieren in jedem Fall zu spät. Lebenslanges Lernen ernsthaft unterstützen, geht m. E. anders.

KOSTEN FÜR ABSOLVENTINNEN STEIGEN

Die Kostenproblematik für jene, welche die SBP absolvieren wollen, hat sich durch die Neuregelung in verschiedenen Fällen sogar erhöht. Einzelne Universitäten schreiben inzwischen obligatorisch eine außerordentliche HörerInnenschaft

von. SBP-AnwärterInnen haben dann in der Regel zusätzlich zu den anderen Kosten Studiengebühren zu bezahlen. Dass die Studiengebühren vor den letzten Wahlen in Wahrheit bekanntlich nicht gänzlich abgeschafft wurden, sondern nur neu geregelt wurden, gilt übrigens insbesondere für Nicht-EU-BürgerInnen. Sie waren apriori von der Gebührenbefreiung ausgenommen. Und gerade auch für diese Gruppe bedeutet auch die Neuregelung der SBP im Grunde eine bildungspolitische Katastrophe.

STILLSTAND UND RÜCKSCHRITT

Nur zwei Prozent der Studierenden in Österreich kommt aus außereuropäischen Staaten und mehr als Hälfte der ausländischen Akademikern sind in Wien nicht adäquat oder gar nicht beschäftigt. Die mangelnde Internationalität des Bildungswesens an sich drückt sich hier ebenso so aus wie ganz konkrete Probleme der Betroffenen. Vor allem mitgebrachte Schul- und Universitätsabschlüsse werden in vielen Fällen nicht anerkannt. Bisher bot die Studienberechtigungsprüfung manchmal einen letzten Rettungsanker für solche »verlorenen Talente«.

Im Ausland erworbene (Teil-)Abschlüsse wurden vielfach zumindest als Vorbildung für die Zulassung akzeptiert. Ab 2010 ist allerdings anders: Die Neuregelung des Staatsbürgerschaftsparagraphs brachte zwar die Möglichkeit der Zulassung zur SBP für alle EWR-BürgerInnen. Gleichzeitig findet nunmehr die Zulassung zur SBP nach der – im universitären Bereich sonst gültigen – »Personengruppenverordnung« (also z. B. nach mindestens fünfjährigen Aufenthalt) keine Erwähnung mehr. Gut integrierte TürkInnen dürfen demnach neuerdings ebenso wenig die SBP absolvieren wie deren serbische Nachbarn.

Wer das Glück hat, einen österreichischen Pass zu besitzen und zur SBP zugelassen wird/wurde, steht allerdings vor einer weiteren Hürde: Im Rahmen der SBP bleibt eine (Deutsch-)»Aufsatz-Prüfung« zu absolvieren, die schlichtweg

1 Vgl. dazu:

Programmplanungsdokument (2010), »Initiative Erwachsenenbildung«, Länder-Bund-Initiative zur Förderung grundlegender Bildungsabschlüsse inklusive Basisbildung/Grundkompetenzen, Stand: 30.6.2010.

Rath, Otto (2007), Netzwerk Basisbildung und Alphabetisierung in Österreich: Hintergründe, Bestandsaufnahme, Perspektiven. In: Basisbildung – Herausforderungen für den Zweiten Bildungsweg, EB Nr.1, Juni 2007. http://erwachsenenbildung.at/magazin/archiv_artikel.php?mid=408&aid=303 (22.1.2011).

Steiner, Mario u.a. (2010), Evaluierung ESF »Beschäftigung« im Bereich

Erwachsenenbildung, IHS-Studien im Auftrag des BMUKK, April 2010. Online im Internet: <http://erwachsenenbildung.at/downloads/service/ESF-Zwischenbericht-ueberarbeitet-final.pdf> (22.1.2011).

2 AT.Venture (2008), Bitte draußen bleiben, Nr. 11, April 2008, S. 10f.. Online: <http://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/innovation/downloads/atventure/atventure11.pdf> (Zugriff: 22.1.2011).

erstsprachliches Niveau voraussetzt. Auch hier wird eine in anderen universitären Bereichen »mildere« Praxis noch immer nicht umgesetzt: An sich reicht nämlich der Nachweis von Deutschkenntnissen auf B1/B2-Niveau (»Mittelstufe«), um ein Studium zu beginnen.

Bildungsbenachteiligung wird zwar unterschiedlich definiert: 50.000 Menschen in Österreich haben keinen, 800.000 Personen verfügen maximal über einen (anerkannten) Pflichtschulabschluss (davon 1/3 MigrantInnen). 1,34 Millionen Personen haben Probleme mit den sogenannten Basiskompetenzen. Und bis zu 80 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bleibt der Zugang zur höheren Bildung aufgrund fehlender Matura momentan verwehrt.¹ 100 Jahre nach Kreisky Geburt ist Kollegin Strobl Recht zu geben: »Der größte Selektionsmechanismus ist die Matura.«

Der Kontext Bildungsbenachteiligung und soziale Frage liegt demgegenüber für BildungsexpertInnen als durchgängiges Phänomen vor. Dabei gilt nicht nur, dass Menschen ohne Schulabschluss in der Regel einfach arm sind. Auch eben der »Hochschulzugang hängt in Österreich noch immer stark von der sozialen Herkunft ab – mit schrecklichen Konsequenzen für Forschung und Entwicklung« urteilt etwa Ingolf Erler, Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Erwachsenenbildung.²

WOHIN GEHT DIE REISE?

Im Zuge der Kreisky-Feiern wurde immer wieder das Thema »Bildungsreform« thematisiert. Sowohl HistorikerInnen wie zeitgenössische BeobachterInnen bzw. Betroffene hoben dabei hervor, dass die eigentliche politische Leistung nicht unbedingt in den getroffenen Maßnahmen selbst, sondern in den Signalen lag, die gesetzt wurden. »Jeder soll ein höhere Schulbildung erhalten und jeder soll studieren können« – so das eindeutige Credo. Kann demgegenüber heute eine zweideutige Politik funktionieren, die zwar versucht jährlich tausende Bildungsbenachteiligte »am unteren Ende« für Basisbil-

dungsangebote und das Nachholen des Hauptschulabschlusses zu gewinnen, aber am »oberen Ende« der Skala immer mehr selektiert?

Tatsächlich geht es bei der Bekämpfung von Bildungsbenachteiligung vor allem auch um den Kampf gegen Stigmatisierung und die Eröffnung von Spielräumen und Perspektiven. Je breiter und durchlässiger das weitere Angebotsspektrum desto besser die Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft, Bildungsbenachteiligung zu überwinden.

Gerade am Beispiel der Studienberechtigungsprüfung lässt sich letztlich die Misere einer zutiefst widersprüchlichen Bildungspolitik ablesen: Die SBP bedeutete schon immer, wie beschrieben, den Zugang zu einer ganz bestimmten Studienrichtung. Die Studierfähigkeit musste (ohnehin) anhand von Kompetenzen und Prüfungen nachgewiesen werden. Nunmehr erwartet den SBP-Absolventen nach dem Erlangen der Studienberechtigung eine (weitere) Reihe von Aufnahmetests bzw. Studieneinangsphasen mit Knock-Out-Prüfungen. Zweimal Scheitern und dieser ganze »Zweite Bildungsweg« war dann umsonst – selber schuld! Was hätte wohl Kreisky zu solchen Signalen gesagt? 

JOHN EVERS,

arbeitet als Historiker und Erwachsenenbildner. Zuletzt erschienen: »Internationale Gewerkschaftsarbeit in der Habsburgermonarchie«, ÖGB-Verlag 2010.

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahresprogramm 2011

Heft 1

Zukunftsaussichten

Der Kurswechsel wird 25, und die aktuelle Krise wird 3: Zeit für eine Zwischenbilanz! Müssen wir wieder über wirtschaftliche Stagnation reden? In welche Richtung zielt die Forderung nach einem gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischen Kurswechsel heute?

Heft 2

Die andere österreichische Schule – Kurt Rothschild

Kann der 2010 verstorbene Kurt Rothschild als Inspirationsgeber für eine andere *österreichische Schule* der Ökonomie verstanden werden, die anders als Hayek und Co. eine emanzipatorische Ausrichtung hat?

Heft 3

Rohstoffe – Strategien und Konflikte

Rohstoffe bewegen die Welt: Ihre Ausbeutung katapultiert die einen in den Club der Reichen und macht die anderen arm, befeuert die Finanzmärkte, zieht die Umwelt in Mitleidenschaft und löst geopolitische Auseinandersetzungen aus. Wie funktioniert der umkämpfte Zugang zu Rohstoffen und wie geht es weiter?

Heft 4

»We are family«? Care Ökonomie

Leistungen *mit Gefühl* sind existenzielle Voraussetzung des Lebens, aber sperren sich gegen eine rein wirtschaftliche Betrachtung. Welche Schwierigkeiten und Konflikte treten dabei auf, wer ist wie betroffen und welche alternativen Organisationsmöglichkeiten sind denkbar?

Einzelheft: € 10,50 / Normalabo: € 29,–
Studienabo: € 18,– / Auslandsabo: € 36,–
Bestellung an: Fax: (01) 586 80 70
E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Die Zeitschrift **Kurswechsel** wird vierteljährlich vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) herausgegeben. Seit 1985 bezweckt BEIGEWUM die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von alternativen Konzeptionen zur österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

www.sonderzahl.at

Wie qualifiziert sind MigrantInnen?

Das Bild von beruflich unqualifizierten ZuwandererInnen mit schlechten Chancen am heimischen Arbeitsmarkt dominiert seit Jahren migrationspolitische Debatten. August Gächter zeigt auf, dass in den letzten Jahrzehnten Armut immer weniger importiert als vielmehr in Österreich selbst erzeugt wird. Ein wesentliches Element dabei ist die Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen, die viele qualifizierte MigrantInnen in unqualifizierte Berufe dränge. Die Integrationsdebatte auf die Bildungsdebatte zu verkürzen, sei gerade aus diesem Grund nicht genügend.

Wären die Einwander/innen alle Mittelschichtangehörige, gäbe es wahrscheinlich auch eine Migrationsdebatte, aber sie würde ganz anders geführt. Die ab 1961 im Ausland angeworbenen Arbeitskräfte kamen aber zu gutem Teil aus der Armut, und zwar, was vielleicht entscheidend ist, aus einer ländlichen. Ebenso traf das auf ihre Familien zu, die vermehrt ab 1974 zuzogen. Ländliche Armut ist fast immer mit geringen Bildungsmöglichkeiten verknüpft, dementsprechend auch mit größerer Kinderzahl, mit ausgeprägter Ungleichheit und strenger Hierarchie. Nun ist das alles schon eine Zeit her. Ganz grob geschätzt haben heute vermutlich rund die Hälfte der seinerzeit aus Jugoslawien und ein Viertel der aus der Türkei eingewanderten Haushalte einen Besitzstand geschaffen, der sie als Mittelschichtangehörige qualifiziert. Dazu kommt, dass die Einwanderung seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend gebildeter wurde. Besonders die intensiven Flüchtlingsströme zwischen 1988 und 1994 sowie zwischen 1998 und 2005 nahmen ihren Ausgang oft in Städten und brachten einen großen Bildungsreichtum mit.

ZU GERINGE BILDUNG?

Die öffentliche Debatte in Österreich hat sich aber relativ stark an das alte Bild der armen und vor allem arm aussehenden Einwander/innen geklammert. Das hat schon auch einen realen Grund. Einwander/innen von außerhalb der EU/EFTA haben ein fast dreimal so hohes Risiko armutsgefährdet zu sein wie österreichische Staatsangehörige, nämlich 30% im Vergleich zu 11%. Folgt man der öffentlichen Debatte, könnte man meinen, die Erklärung sei ganz einfach, nämlich zu viele

mit geringer Bildung. Wenn man nachrechnet, bemerkt man aber, dass das so einfach nicht sein kann. Ginge es nur um die Bildung, dann dürften nur rund 15% armutsgefährdet sein, also nur halb so viele wie es wirklich sind. Dass die Bildungsunterschiede nur diesen relativ kleinen Teil des Gefährdungsunterschieds erklären können liegt zum Teil daran, dass sie nicht so groß sind, wie vielfach suggeriert wird, und zum Teil daran, dass die Armutsgefährdung weniger unmittelbar mit der Bildung zusammenhängt als man glauben möchte.

ANDERE ERKLÄRUNG

Es muss also eine andere Erklärung geben als die Bildung. Es lässt sich leicht zeigen, dass ein paar der anderen Erklärungsversuche, die rasch bei der Hand sind, ebenfalls nicht greifen. Sind in den Einwandererhaushalten weniger Mitglieder beschäftigt als in anderen? Ja, das trifft zu, kann aber die Lücke zwischen 11% und 30% Armutsgefährdung auch nur zu kleinem Teil erklären. Haben die Einwandererhaushalte mehr Kinder und sind deswegen ärmer? Nein bzw. in so geringem Maß, dass es die Lücke nicht einmal in Ansätzen erklären kann. Zwar bekommen die Frauen im Durchschnitt etwas mehr Kinder, aber im Gegenzug gibt es mehr männliche Einpersonenhaushalte.

Sucht man weiter nach Erklärungen, stößt man rasch auf ein markantes Phänomen: Aus dem Ausland mitgebrachte Bildung ist am österreichischen Arbeitsmarkt nichts wert. Wer mit wenig Bildung von außerhalb der EU15 und EFTA Staaten zuzieht und in Österreich Beschäftigung findet, verdient nur unwesentlich weniger als jemand mit geringer inländischer

Bildung. Je höher die mitgebrachte Bildung, desto größer der Unterschied:

- Im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 verdiente die mittlere, 40 Wochenstunden beschäftigte Absolventin einer EU15/EFTA Universität netto um über ein Drittel mehr als eine Absolventin einer Universität außerhalb dieses Staatenblocks. Bei den Männern waren es sogar über 40% mehr.
- Mit 12 oder 13 Schulstufen war der mittlere Verdienst bei den Frauen um ein Drittel, bei den Männern sogar um die Hälfte höher.
- Mit mittleren Abschlüssen, also unter der Matura, aber über der Pflichtschule, betrug der Unterschied bei beiden Geschlechtern jeweils ein Achtel.
- Mit höchstens Pflichtschule betrug er nur 5% bzw 7%.

Das läuft darauf hinaus, dass eine Frau mit einem von außerhalb der EU15/EFTA Staaten mitgebrachten Universitätsabschluss im Mittel um etwa 42% mehr verdient als mit nur maximal Pflichtschulabschluss, während sie mehr als 82% mehr verdiente, wäre ihr Abschluss von innerhalb der EU15/EFTA Staaten, und dass sie weniger verdient als eine Frau mit im Inland oder den anderen EU15/EFTA Staaten gemachter Matura. Bei den Männern ist es sogar noch etwas dramatischer, denn dort sind es 32% im Vergleich zu 78% und unwesentlich mehr als ein Mann mit inländischem Lehrabschluss oder mehrjähriger Fachschule ohne Matura. Die höhere Armutsgefährdung hat also offenbar ganz wesentlich mit schlechterer Bildungsverwertung zu tun, viel mehr als mit schlechterer Bildung.

Dass Branchenunterschiede für derart große Unterschiede allein verantwortlich sein könnten, ist undenkbar. Zum Teil sind sie es aber. Dass Einwander/innen eher in den schlecht bezahlenden Branchen arbeiten und Nichtmigrant/innen eher in den besser bezahlenden, ist aber nicht Zufall. Man kann diesen Befund auch so drehen, dass man sagt, Einwanderung sei teuer. Im Mittel wird man, leicht zugespitzt, um alles, was man mehr verdienen könnte als eine Hilfs- oder

Anlernkraft, gepfändet, und zwar auf Lebenszeit. Zugute kommt es jenen Inländer/innen, die ansonsten die Hilfs- und Anlern Tätigkeiten ausüben hätten müssen. Die Zahl dieser Tätigkeiten ist, abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, bei knapp einer Million ziemlich stabil. Von den gering gebildeten Beschäftigten mit Schulbesuch im Inland ist bei beiden Geschlechtern aber nur rund die Hälfte in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt, die anderen in mittleren und höheren Tätigkeiten. Und hätte es die Einwanderung ab den 1960er Jahren nicht gegeben, dann wären auch ab den 1970er Jahren weit weniger Anstrengungen unternommen worden, die im Inland aufwachsende Bevölkerung mit Bildung und Ausbildung zu versorgen, weil ja ein konstanter Bedarf an Hilfs- und Anlernkräften besteht.

Bedenken muss man auch, dass die auf diese Weise subventionierten Inländer/innen selbstverständlich eine Ideologie brauchen, die ihnen hilft, ihre privilegierte Situation zu rechtfertigen. Rassismus, also die systematische Weigerung, Menschen mit bestimmten Merkmalen als gleichwertig gelten zu lassen, ist genau dafür da: »Zunächst möchte ich zu bedenken geben, dass es nicht einen Rassismus gibt, sondern viele Rassismen: so viele, wie es Gruppen gibt, die eine Rechtfertigung dafür brauchen, dass sie existieren, wie sie existieren, denn das ist die invariante Funktion von Rassismus«, wie Pierre Bourdieu schrieb. Proletarischen Rassismus zu erzeugen oder in abgewandelter Form zu erhalten, war wohl nicht die Absicht der österreichischen Ausländerpolitik seit 1961, ist aber einer ihrer Nebeneffekte.

BILDUNGSUNTERSCHIED

Es mag verwundern, dass Bildungsunterschiede nicht das wesentliche Problem hinter der erhöhten Armutsgefährdung von Einwander/innen sind. Oben wurden zwei Gründe angeführt. Der eine war der nicht so direkte Zusammenhang zwischen Bildung und Armutsgefährdung. Die Daten zeigen, dass es dabei vor allem darauf ankommt, nach der Pflichtschule noch einen Abschluss gemacht zu haben. Ob das eine Lehre

war, eine mehrjährige Fachschule, Matura oder Universität, ist nicht so wichtig, insbesondere ist Lehre, Fachschule oder Matura nicht wichtig. Das Risiko der Armutsgefährdung ist mit nur höchstens Pflichtschulabschluss zwei- bis dreimal so groß wie mit einem mittleren oder höheren Abschluss, nämlich um die 20% statt irgendwo zwischen 6% und 10%.

Der zweite Grund war, dass der Bildungsunterschied nicht so groß ist, wie oft geglaubt wird. Zunächst muss man klären, von wem man spricht. Mit Bezug auf Einwanderung kann man jede Altersgruppe in drei Teile unterteilen. Ein Teil besteht aus jenen, die ihre gesamte formale Bildung und Ausbildung außerhalb der EU15 und EFTA Staaten absolviert haben. Diesen Teil werde ich im Weiteren als »erste Generation« oder als »Einwander/innen« bezeichnen. Ein zweiter Teil besteht aus jenen, die ihre Bildung bzw Ausbildung in den EU15/EFTA Staaten beendet haben oder beenden werden, deren beide Elternteile aber außerhalb dieses Staatenblocks geboren wurden. Diesen Teil werde ich als »zweite Generation« bezeichnen.

DRITTE GENERATION

Der verbleibende dritte Teil besteht aus jenen, die ihre Bildung und Ausbildung in den EU15/EFTA Staaten beendet haben oder beenden werden und mindestens einen Elternteil haben, der in diesem Staatenblock, zu dem auch Österreich gehört, geboren wurde. Ich könnte sie als »Inländer/innen« bezeichnen oder als »Einheimische«, aber korrekterweise müsste man sie als »dritte bis etwa fünfzigste Generation« bezeichnen. Es ist sehr wichtig, sich bewusst zu sein, dass es »erste Generation« nach dieser Definition in allen Altersgruppen ab 15 Jahren gibt. Das Hauptmigrationsalter ist zwischen 20 und 40. Im Alter von etwa 30 Jahren gibt es zurzeit ungefähr gleich viel »erste Generation« wie »zweite Generation«. Die »erste Generation« sind größtenteils nicht die Eltern der »zweiten Generation«, sondern im gleichen Alter wie sie.

Vollzieht man diese Dreiteilung bei der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter (15 bis 59 bzw 64 Jahre), dann haben

etwa 41% der »ersten Generation« höchstens Pflichtschule abgeschlossen. Das vergleicht sich mit etwa 20% bei den »Einheimischen«. Umgekehrt ist es bei den mittleren Abschlüssen (Lehre, mehrjährige Fachschule ohne Matura), wo es 32% zu 52% steht. Höhere Abschlüsse sind bei beiden Bevölkerungsteilen gleich häufig (27% bzw 28%). Was man bei der »ersten Generation« also nicht hat, ist diese überaus starke Betonung auf mittleren Abschlüssen, die für Süddeutschland, die Schweiz und Österreich typisch ist. Stattdessen ist der Teil ohne formale berufliche Ausbildung größer. Der Unterschied zwischen den beiden Bildungsverteilungen besteht nur in einer Verschiebung von rund 20% zwischen der niedrigen und der mittleren Bildungsebene, während 80% der Bildungsverteilung gleich sind. Diese Tatsache kommt in der öffentlichen Debatte kaum herüber. Wie immer in den Medien und der Politik, gilt: *good news are no news*.

Vor allem dieser nicht sehr große Unterschied in der Bildungsverteilung bewirkt, dass der große Unterschied in der Armutsgefährdung nur in kleinem Maß auf die Bildung zurückgeführt werden kann. Allerdings habe ich dabei jetzt bewusst einen Aspekt beiseite gelassen. Ich habe die tatsächliche Bildung herangezogen. Die aber kann sehr verschieden sein von der in Österreich anerkannten. Ein großer Teil der aus Drittstaaten mitgebrachten Bildung und Ausbildung ist in Österreich nicht formell anerkannt. Das Nostrifizierungsverfahren ist außerordentlich voraussetzungsreich und leicht als mutwillig errichtete und gehandhabte Hürde zu erkennen. Einen Antrag stellt nur, wer sich gute Chancen ausrechnen kann und sehr zielstrebig ist.

Die Daten dazu sind nicht sonderlich zuverlässig, aber laut einer Sondererhebung der Statistik Austria im Frühling 2008 hat wahrscheinlich nur gut ein Fünftel (22%) aller Einwander/innen in erwerbsfähigem Alter mit mittleren oder höheren Abschlüssen aus Nicht-EU-Staaten jemals einen Antrag gestellt. Darunter waren nur 2% Ablehnungen sowie 2% mit noch nicht entschiedenem Verfahren. Der größte Teil, 13%,

musste keine Prüfungen machen, sondern sozusagen nur bestanden lassen, dass der Abschluss in Österreich anerkannt sei. Die übrigen 5% mussten zusätzliche Prüfungen ablegen. Letzteres bedeutet, zum Beispiel, bei einer Ärztin in der Regel, dass sie den ganzen Turnus nochmals machen muss. Turnusplätze sind aber nicht leicht zu bekommen, schon gar nicht, wenn man neu im Land ist. Auf ein solches Verfahren haben sich offenbar einschließlich der Ablehnungen und offenen Verfahren nur 7% oder 8% der Einwander/innen mit Abschlüssen über der Pflichtschule eingelassen. Bis vor wenigen Jahren gab es auch keinerlei gezielte Beratung in dieser Sache. Nur durch NGO-Projekte mit EU-Finanzierung ist sie überhaupt in Gang gekommen, wurde dann aber – zumindest in Wien – durch die öffentliche Hand institutionalisiert.

Wenn nur ein Fünftel den Abschluss von außerhalb der EU15/EFTA Staaten hat anerkennen lassen können, dann gelten die übrigen rund 40% mit mittleren und höheren Abschlüssen offiziell als gering qualifiziert. Kommen sie zum AMS, werden sie dort als ohne Abschluss oder bestenfalls mit Pflichtschulabschluss vorgemerkt und dementsprechend vermittelt. Das ist auch im Interesse der Mitarbeiter/innen, denn Putztätigkeiten und Lagerarbeiten hat das AMS immer im Angebot, sodass sich ein rasches Vermittlungsergebnis erzielen lässt. Zieht man nun statt der tatsächlichen die offiziell in Österreich anerkannten Abschlüsse heran und rechnet wieder nach, dann ergibt sich für die Häufigkeit von Armutsgefährdung bei Haushalten von Einwander/innen von außerhalb der EU15/EFTA Staaten ein Erwartungswert von 20%. Tatsächlich beobachtet werden aber 30%. Es bleibt also noch einiges zu erklären.

GLEICHE BILDUNG, SCHLECHTERE CHANCEN

Bildung ist wichtig, aber außer der Bildung ist sichtlich noch etwas anderes am Werk. Es handelt sich um die Bildungsverwertung. Wenn es nicht gelingt, Bildung am Arbeitsmarkt adäquat zu verwerten, kann sie auch nichts zur Vermeidung von Armutsgefährdung beitragen. Das hat sich oben schon mehrfach angedeutet. Die Entwertung mitgebrachter Bildung

am Arbeitsmarkt und formal durch das AMS beseitigt die Verwertbarkeit der an sich vorhandenen Bildung. Außerdem zeigten schon die eingangs erwähnten Einkommensdaten, dass bei Einwander/innen die Bildung für das Armutsrisiko nicht sonderlich wichtig ist, weil das Einkommen nur relativ wenig von der Bildung abhängt, die Bildung also ganz eindeutig einkommensmäßig nur zum Teil verwertet werden kann.

Man kann das auch nochmals auf andere Weise zeigen. Wenn man zunächst zwischen beschäftigt und nicht beschäftigt unterscheidet, und dann die Beschäftigung einteilt in gering, mittel und höher qualifizierte Tätigkeiten sowie die Beschäftigungslosigkeit in aktive Suche, in passives Warten auf Beschäftigung und in Desinteresse an Beschäftigung, dann hat man sechs Positionen in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Wenn man quer dazu drei Bildungsebenen unterscheidet – höchstens Pflichtschule, mehr als Pflichtschule und weniger als Matura, Matura und mehr – dann erhält man ein Raster von 18 Feldern, in dem die gesamte Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter, die nicht in Ausbildung ist, Platz hat.

Verteilt einmal die eingewanderte Bevölkerung, einmal die »zweite Generation« und einmal die »Einheimischen« über die 18 Felder, dann stößt man auf markante Unterschiede. Erstens sieht man auf allen drei Bildungsebenen bei den Einwander/innen geringere Beschäftigung als bei den »Einheimischen«. Das gilt insbesondere bei den Frauen, trifft aber auch bei den Männern. Je höher die Bildung desto größer die Lücke. Während bei den »Einheimischen« die Beschäftigung umso größer ist je höher die Bildung ist, ist sie bei Einwander/innen mit mittlerer Bildung gleich groß wie mit höherer Bildung. Das gilt bei beiden Geschlechtern. Bei den Einwander/innen ist aber der Unterschied zwischen den Geschlechtern viel größer. Eingewanderte Frauen mit mittlerer und mit höherer Bildung haben die gleiche Beschäftigungswahrscheinlichkeit (jeweils 64%) wie »einheimische« Frauen mit geringer Bildung (62%) und befinden sich ja oft auch im selben Arbeitsmarktsegment. Die Beschäftigungschancen der

»zweiten Generation« liegen zwischen jenen der Einwander/innen und der »Einheimischen«, im unteren Bildungsbereich näher bei den ersteren, im oberen näher bei den letzteren. Die »zweite Generation« ist, wie gesagt, zu großem Teil im gleichen Alter wie die »erste«, sie hat aber inländische Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse. Interessanterweise wirkt sich das im oberen Bildungsbereich günstig aus, nicht aber im unteren. Die Folge ist, dass man innerhalb der »zweiten Generation« größere Disparitäten vorfindet als innerhalb der beiden anderen Bevölkerungsteile. Das trifft insbesondere bei den Frauen zu.

Zweitens sind bei den Beschäftigten auf allen drei Bildungsebenen bei den Einwander/innen die Hilfs- und Anlernertätigkeiten viel, viel häufiger als bei den »Einheimischen«. Während 87% der beschäftigten Einwander/innen mit geringer Bildung Hilfs- und Anlernertätigkeiten verrichten, trifft das nur bei 59% der entsprechenden »Einheimischen« zu. Mit mittlerer Bildung steht es 58% zu 21% und mit höherer 40% zu 4%. Das ist dramatisch. Mit mittlerer Bildung haben Einwander/innen die gleiche Wahrscheinlichkeit, eine gering qualifizierte Tätigkeit auszuüben, wie »Einheimische« mit geringer Bildung, und mit höherer Bildung eine doppelt so große wie »Einheimische« mit mittlerer Bildung. Zwischen den Geschlechtern gibt es hier kaum Unterschiede.

Der einzige nennenswerte tritt bei den beschäftigten Einwander/innen mit mittlerer Bildung auf, wo die Männer zur Hälfte in gering qualifizierten Tätigkeiten anzutreffen sind, die Frauen aber sogar zu zwei Dritteln. Man beginnt zu verstehen, warum die »einheimische« Jugend fast zur Gänze weiterführende Schulen und Ausbildungen machen kann und die 20% bis 25% des Arbeitsmarkts, die in gering qualifizierten Tätigkeiten bestehen, dennoch besetzt werden können. Dazu wird einesteils Personal mit inländischen mittleren Abschlüssen herangezogen, anderenteils aber Einwander/innen mit allen Arten von Abschlüssen, selbst universitären, oft auch mit der Bildung entsprechender Berufserfahrung im Ausland.

Auch hier liegt die »zweite Generation« wieder zwischen den »Einwander/innen« und den »Einheimischen«, und wieder im unteren Bildungsbereich näher bei den ersteren, im oberen näher bei den letzteren.

Adäquate Bildungsverwertung stößt offenbar auf erhebliche Hindernisse. Untersuchungen und Tests in vielen anderen Ländern haben gezeigt, dass nicht die Schulnoten und nicht die Beherrschung der Landessprache ausschlaggebend sind. Vielmehr reagiert ein nennenswerter Anteil der Arbeitgeber/innen am Arbeitsmarkt und des Lehrpersonals in den Schulen stark auf auch nur einen Hauch von Akzent und auf den Namen (sowie das Geschlecht und einiges andere, das an sich irrelevant wäre). Dabei scheint es nicht in erster Linie auf Einwanderung anzukommen, sondern auf die soziale Schicht, die man meint, aus dem Akzent oder dem Namen herauslesen zu können.

Die Arbeitgeber/innen und Lehrer/innen vertrauen dabei auf ihre Erfahrung, vergessen aber, dass Erfahrung nichts anderes ist als Erinnerung, und dass die Erinnerung in mehrfacher Weise höchst selektiv ist. Die eigene Erfahrung ist alles mögliche, aber ganz gewiss kein objektives Instrument zur Beurteilung von Mitarbeiter/innen, Bewerber/innen, Schüler/innen oder Eltern. Sie muss durch anonyme Tests ersetzt werden, in denen sich äußere Merkmale nicht auswirken können. Das gilt im Übrigen auch, und vielleicht besonders, wenn die Absicht zu positiver Diskriminierung besteht. Unter der Hand schleichen sich auch in diesen Fällen negative Risikoprognosen ein. Die Ablehnungen werden dadurch nicht weniger, nur vielleicht höflicher.

NICHT HAUPTPROBLEM

Über die unterschiedliche Verteilung der drei Bevölkerungsteile in der 18-Felder-Matrix könnte noch viel gesagt werden. Einfacher ist es, sie mit Hilfe des Index der sozialen Verschiedenheit in eine einzige, anschauliche Zahl zu gießen. Er wird 100, wenn der eine Bevölkerungsteil nur in Rasterfel-

den vorkommt, in denen der andere nicht vorkommt, und 0, wenn beide in genau gleicher Weise über die Rasterfelder verteilt sind. Zwischen den Einwander/innen und den »Einheimischen« (im Sinn der obigen Definitionen) beträgt er 45, zwischen der »zweiten Generation« und den »Einheimischen« rund 20, zwischen der »ersten« und der »zweiten Generation« etwa 30.

NICHT ÜBERRASCHEND

Mit Hilfe des Rasters und des Index kann man auch herausrechnen, was es bringen würde, einerseits die Bildung völlig an jene der »Einheimischen« anzugleichen, oder andererseits die Verwertungsmöglichkeiten der gegebenen Bildung am Arbeitsmarkt entsprechend anzugleichen. Das Ergebnis wird nach den obigen Schilderungen vielleicht nicht mehr überraschen, auch wenn es sehr deutlich ausfällt:

- Würde man die Bildungsverteilung der Einwander/innen komplett an jene der »Einheimischen« angleichen, so verringerte sich der Index kaum. Er würde von 45 auf 41 sinken. Würde man dagegen die Bildungsverwertung der beiden Bevölkerungsteile angleichen, reduzierte er sich auf 28. Wenn man das umrechnet, kann man sagen, von den 45 Indexpunkten entfallen 29 auf die Unterschiede in der Bildungsverwertung und nur 16 auf jene der Bildung.
- Bei der »zweiten Generation« würde er bei gleicher Bildung von 20 auf 18 sinken, bei gleicher Bildungsverwertung aber auf 15. Umgerechnet entfallen 12 der 20 Indexpunkte auf die ungleichen Verwertungschancen der gegebenen Bildung, 8 auf die Bildungsunterschiede.
- Man kann das auch nach Bundesländern differenzieren und sieht dann, dass nach Westen hin die Bildungsunterschiede eine größere Rolle spielen, nach Südosten hin aber eine kleinere. Das hängt mit dem späteren Beginn und dem bedeutenden Flüchtlingsanteil der Einwanderung im Burgenland, der Steiermark und Kärnten zusammen, die in den 1960er Jahren ja selbst noch Arbeitskraftlieferanten für die westlichen Bundesländer waren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die oben referierten Daten und Berechnungen zeigen eindeutig, dass Einwander/innen bei gleicher Bildung seltener in entlohnten Tätigkeiten beschäftigt sind, besonders die Frauen, und wenn sie beschäftigt sind, dann mit viel größerer Wahrscheinlichkeit in geringer qualifizierten und somit meist auch niedriger entlohnten Tätigkeiten. In geringerem Maß trifft beides auch auf die »zweite Generation« zu.

Somit zeigt sich, dass die größere Häufigkeit von Armutsgefährdung bei Haushalten von Einwander/innen nicht mehr einfach importiert ist und es vielleicht nie in dem geglaubten Ausmaß war. Sie ist heute in wichtigen Teilen im Inland produziert. Diese relative Armut aber beflügelt die Vorurteile, die Ängste und die Ablehnung. Dass sie inländischen Ursprungs ist, bedeutet auch, dass sie im Inland behoben werden könnte. Man müsste sie nicht fatalistisch hinnehmen.

Zweitens bedeutet es, dass Einwanderungsregelungen mit ihr nicht allzu viel zu tun haben. Gefordert wären vor allem die für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung zuständigen Akteure in Politik und Verwaltung. Sie geben heute relativ bereitwillig zu, den nötigen Lernprozess zu lange verweigert zu haben. Daraus wäre es gut und verantwortungsvoll, den Schluss zu ziehen, dass er jetzt forciert und nachgeholt werden sollte. Eine anhaltende öffentliche Debatte zu führen, ist dazu sicher hilfreich, könnte aber effektiver sein, wenn auch mehr Fakteninformation in sie einflösse, als das gegenwärtig der Fall ist. Spekulation und Erfahrung sagen nichts über die Wirklichkeit, nur über die Sprecher/innen.

Dächte man sich Österreich als eine große Wohnanlage, könnte man sagen, als Schlüssel öffne Bildung quasi die Haustür, aber keine der Wohnungen. Man ist halb drinnen und halb draußen, und wer einem im Flur oder auf der Stiege begegnet, hält einen für einen Fremden, der nicht beachtet werden muss, oder, wenn doch, dann als mögliche Gefahr. Der Wohnungsschlüssel wäre die adäquate Bildungsverwertung.

Erst sie zeigt allen, dass man dazugehört und in dem Sinn als gleichwertig zu behandeln ist. Dieser Schritt des »Hereinholens«, der das Hereinholen von Arbeitskräften erst vollständig und eigentlich auch erst akzeptabel macht, ist bis jetzt noch nicht ausreichend Gegenstand des nationalen Lernprozesses gewesen.

Aus den Fortschritten zwischen der Positionierung der Einwander/innen und der »zweiten Generation« kann man schließen, dass das oft beobachtete Dreigenerationenschema des Aufstiegs in die Mittelschicht und der breiten Akzeptanz als »Einheimische« einmal mehr klappen kann. Drei Generationen sind aber 100 Jahre. Seit 1961 ist erst die Hälfte davon vergangen. Wichtige Gruppen von Einwander/innen sind erst seit Ende der 1980er Jahre dazu gekommen, sodass erst ein Viertel oder ein Achtel der 100 Jahre vorüber ist. Der Dreigenerationenvorgang beginnt jeden Tag bei jemandem (und endet jeden Tag bei jemandem). Er ist ein permanenter Bestandteil der Gesellschaft. Das nicht einsehen und nicht zu einem regulären Bestandteil des Alltags und der Entscheidungsfindung machen zu wollen, wäre eine gefährliche Form der Realitätsverweigerung. Wie es scheint, braucht auch Österreich selbst drei Generationen, um das zu begreifen. 🍷

AUGUST GÄCHTER

ist seit 1989 mit Forschung zu Migration und Integration beschäftigt. Von 1991 bis 2002 am Institut für Höhere Studien beschäftigt, seit 2002 am Zentrum für Soziale Innovation, beide in Wien. Bis 2008 Lehrbeauftragter für Entwicklungstheorie an der Universität Wien. Seit 1998 wiederholt Konsulent für das International Migration Programme des International Labour Office (ILO), einer UN Organisation in Genf.



Selbstanklagen: Ganz oder gar nicht

In ihrem Beitrag in der ZUKUNFT 02/2011 hat Barbara Serloth dafür plädiert, die Sarrazin-Debatte nicht einfach zurückzuweisen. In ihrer »(Selbst-)Anklage« gegen die Linke, die Probleme lange verschwiegen habe, fordert sie die bislang praktizierte »Ignoranz-Toleranz« aufzugeben und so die unzufriedenen »autochthonen« Unterschichten von der FPÖ zurück zu gewinnen. Ludwig Dvořák argumentiert in seiner Replik, warum mit einer mangelhaften Analyse der FPÖ-Erfolge und einer Einengung auf das »Integrations-thema« für die SPÖ nichts zu gewinnen ist.

Man muss Thilo Sarrazin eines zugestehen: Sein Ziel, durch ein maßloses Überspannen des Bogens Debatten zu erzeugen, ist ihm geglückt. Nicht nur in Deutschland, auch bei unseren AutorInnen und LeserInnen hat die Diskussion einen Nerv getroffen. Die seit der ZUKUNFT 10/2010 ununterbrochen einlangenden Debattenbeiträge, u.a. von Alessandro Barberi, Caspar Einem, Thomas Meyer und zuletzt Barbara Serloth zeugen davon.

Caspar Einem hat in ZUKUNFT 01/2011 auf die Widersprüchlichkeit aufmerksam gemacht, dass in der linken Debatte die rassistische und biologistische Logik Sarrazins scharf zurückgewiesen wird, gleichzeitig aber weitgehend zugestanden werde, Sarrazin habe ein »brennendes Thema« angesprochen. Einem plädiert daher dafür, sich nicht nur zu entrüsten, sondern jene Themen in den Vordergrund zu rücken, die tatsächlich sozialdemokratische Kernanliegen darstellen. Man solle z.B. den Anlass nützen, um eine bildungspolitische Debatte zu führen, zumal einige bildungspolitische Vorschläge Sarrazins« in diametralem Gegensatz zu seinen biologistischen Argumentationen stünden.

Barbara Serloth fokussiert nun vor allem auf das »brennende Thema«: »Autochthone Bevölkerungskreise« in nicht so »komfortablen Wohngegenden« wenden sich von der Demokratie angeblich deshalb ab (und der FPÖ zu), weil sich die Sozialdemokratie seit Jahren nicht darum schere, wie sich »die Bevölkerung in den sogenannten Arbeiterhochburgen fühlt, wenn ihnen ihr Zuhause entfremdet wird, weil andere sich in der Fremde zu Hause fühlen wollen.« Die »linke Bildungsschicht« und ihre »Ignoranz-Toleranz« sei »verlogen«. Der Zu-

lauf zur FPÖ erfordere nun »demokratiepolitische Aufräumarbeiten« und diese scheinen nach Auffassung Serloths vor allem darin zu bestehen, »dass von MigrantInnen gefordert werden [muss], den im Zuzugsland bestehenden Wertekanon zu akzeptieren und zu leben« (ihnen dafür aber auch Möglichkeiten einzuräumen).

DIE »IGNORANZ DER LINKEN«

Diese Argumentationen und die Schlüsse sind in meinen Augen zutiefst verstörend, wobei ich den Aspekt, dass sie in der Grundstruktur im Wesentlichen den publizistischen Erzählungen der Fleischhackers, Unterbergers und Ortner dieser Republik entsprechen, gar nicht näher beleuchten möchte. Wesentlich problematischer scheinen mir zwei inhaltliche Punkte zu sein: Erstens das mono-kausale Erklärungsmuster (»die Ausländer«) für die FPÖ-Zugewinne, das die Tiefe der sozialdemokratischen Identitäts- und Vertrauenskrise massiv unterschätzt. Zweitens ist mir nicht nachvollziehbar, welche politischen Ableitungen aus der allgemein gehaltenen verbalen Selbstkasteiung zu treffen sind, insbesondere, was die – ja nicht nur in Serloths Beitrag erfolgende – mantrahafte Wiederholung der Forderung, wir müssten gewisse Themen »endlich ansprechen« und MigrantInnen müssten sich »eingliedern« in der Praxis bedeuten und vor allem bewirken soll.

WARUM GEWINNT DIE FPÖ?

Serloth macht in ihrem Beitrag auf einen wichtigen Punkt aufmerksam. Die Zugewinne der FPÖ sind nicht eine einfache Verschiebung des Parteiensystems, sie deuten eine schwere demokratiepolitische Krise an. Wer FPÖ wählt, drückt häufig damit auch aus, dass er sich von »der Politik« als solcher nichts

mehr erwartet. Der Stimmzettel wird von einem Instrument der Mitbestimmung zu einem Racheakt an einem politischen System, von dem man sich im Stich gelassen fühlt.

Bei der Ursachenforschung für FPÖ-Gewinne zeigen Teile der von Serloth so genannten »linken Bildungschicht« und des SP-Parteiapparats aber durchaus eine große Gemeinsamkeit: Sie suchen die Schuld oft bei den WählerInnen. Erstere werfen ihnen vor, sie seien durch die Bank Rassistin, willige Knechte der »Kronen Zeitung« und ihrer Kampagnen. SP-MandatarInnen hingegen fühlen sich ungerecht behandelt, weil das undankbare Wahlvolk die für sie erbrachten Leistungen nicht zu würdigen wisse, sondern sich bedenkenlos verhetzen lasse. Auf beide Erklärungsansätze passt durchaus der von Serloth verwendete Begriff der Ignoranz.

Und beide Argumentationen sind auch verlogen: Denn sie blenden die wachsende soziale Polarisierung und die politische Mitverantwortung dafür aus. Der von vielen erlebte Verlust an Einkommen, sozialer Sicherheit und der Hoffnung, für sich und die eigenen Kinder ein besseres Leben zu schaffen, drückt sich letztlich in einer Angst vor dem Verlust des sozialen Status aus. Diese Sorgen und Ängste haben ursächlich nichts mit türkischen Supermärkten in der Wohnumgebung zu tun, nichts mit Frauen mit Kopftüchern und auch nichts mit Nachbarn, die schlecht Deutsch sprechen. All das erinnert den Einzelnen aber an das eigentliche Problem: die empfundene (und vielfach tatsächliche) soziale Deklassierung. Und daran, dass die Sozialdemokratie in ihrer alltäglichen Politik keine Anknüpfungspunkte liefert, um den schleichenden Statusverlust begegnen zu können.

Genau an diesem Punkt der Enttäuschung und der Frustration setzt Strache aber an – und das macht ihn auch so gefährlich. Die FPÖ-Gewinne auf seine rassistischen Sprüche zu reduzieren, unterschätzt die demokratiepolitische Dramatik der Situation wesentlich. Strache ist eben nicht »nur« ein rechter Sprücheklopfer. Vielmehr sind seine Versuche,

sich als »soziale Heimatpartei« zu positionieren, bei manchen WählerInnengruppen zunehmend von Erfolg gekrönt. Diese Strategie ist keineswegs neu: Dass Strache am Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Zeitungsinserten die Schikanierung von Arbeitslosen durch die AMS-Bürokratie anprangerte, ist beredtes Beispiel dafür, dass die FPÖ selbst schon längst erkannt hat, dass das »Ausländerthema« für sich alleine nicht den wahltaktischen Durchbruch bringt.

Es wäre höchst an der Zeit, wenn auch wir uns von der Selbsttäuschung verabschieden, die FPÖ gewinne ihre WählerInnen wegen »Integrationsproblemen«. Die Verknüpfung sozialer Missstände mit dem »Ausländerthema« birgt eine ganz andere Gefahr in sich: die völlige Pervertierung des Gerechtigkeitsbegriffs im politischen Diskurs. Sein Signal an die »autochthonen« ÖsterreicherInnen ist: »Wenn es dir schon nicht gut geht, dann ist es nur gerecht, dass es Ausländern schlechter geht als dir.« In WählerInnengruppen, in denen man längst jede Hoffnung verloren hat, dass die Politik die eigene Lebenssituation spürbar verbessert, ist man für derartig abstruse »Trostpflaster«, die zumindest einen Statusunterschied bewahren zu helfen scheinen, offenbar empfänglich.

DIE FALSCHEN SELBSTKASTIUNG

All das ist letztlich – darüber sollte man sich nicht täuschen – v. a. ein Ausdruck eines ernststen Glaubwürdigkeits- und Identitätsverlustes unserer Partei. Serloth irrt m. E., wenn sie unterstellt, ProtestwählerInnen wüssten nicht, wogegen sie eigentlich sind. Sie wollen uns vielfach zeigen, dass sie es uns verübeln, dass wir sie im Stich lassen. Das sollte uns zu denken geben: Wir sollten analysieren, warum viele Menschen den Eindruck haben, dass sich durch unsere Politik ihr Leben nicht verbessert; weshalb unsere Parteiorganisation nicht mehr in der Lage ist, Menschen strukturell an unsere Bewegung zu binden; oder was schiefläuft, wenn wir Visionen unseres gesellschaftlichen Gestaltungswillens nicht glaubhaft, geschweige denn in der Öffentlichkeit hegemonial machen können.

Stattdessen aber richten wir in der Partei – Serloth liefert dafür nur ein Beispiel – unsere kritischen Kräfte auf ein anderes Ziel: die Integrationsprobleme und zwar – damit es besser klingt – auf die, »die tatsächlich bestehen«. Serloth spricht in diesem Zusammenhang von der »Verletzung der Menschenrechte«, vom »Recht der Frauen auf ein eigenständiges Leben«, von »neuen Rassismen-Antisemitismen«, von »Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund«, von der Bildung von »Parallelgesellschaften«. Das »endlich anzusprechen«, so versuchen wir uns selbst einzureden, sei die Zerschlagung des gordischen Strache-Knotens.

Zwei Dinge, über die es dringend nachzudenken gälte, werden bei dieser Autosuggestion gerne übersehen: Erstens, dass diesen wichtigen Themen seltsamerweise nur dann große gesellschaftliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, wenn es um MigrantInnen geht. Dass also der Verdacht durchaus nahe liegt, dass es den sich Empörenden gar nicht so sehr um die Sache selbst geht, sondern um die Empörung über MigrantInnen an sich. Und zweitens, was denn eigentlich geschehen soll, wenn wir »endlich angesprochen« haben, dass sich »die G’fraster« gefälligst anpassen sollen.

WIE ERREICHEN WIR INTEGRATION?

Niemand bestreitet, dass wir im Bereich der Integration große Versäumnisse zu verantworten haben. Aber die Frage ist doch, wie wir damit umgehen. Angelika Hrubesch hat in ZUKUNFT 02/2010 am Beispiel des »Selektionsmechanismus Sprache« illustriert, wie die rhetorische Wiederholung der Forderung, alle MigrantInnen müssten Deutsch können, weniger der Integration als der Selektion diene. Die jüngsten Verschärfungen des Fremdenrechts und der Umstand, dass (außerhalb Wiens) nach wie vor zu wenige adäquate Sprachkurse angeboten werden, bestätigen diese These einmal mehr. In dieser Ausgabe macht August Gächter darauf aufmerksam wie wir, während wir über den geringen Bildungsgrad vieler MigrantInnen jammern, durch Nichtanerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse qualifizierte Arbeitskräfte zu Hilfsarbeit-

rInnen machen. Wenn wir tatsächlich wirksame Integrationsmaßnahmen setzen wollen, wäre es hoch an der Zeit, endlich damit aufzuhören, MigrantInnen über mediale Debatten (die logischerweise jene, die tatsächlich nur türkische Tageszeitung lesen, ohnehin nicht erreichen können) auszurichten, sie mögen sich gefälligst eingliedern. Es wäre sinnvoller (auch außerhalb der Wiener Stadtgrenzen) tatsächliche Integrationspolitik zu beginnen.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal erwähnt, dass wir SozialdemokratInnen eigentlich in der bequemen Position sind, dass Maßnahmen, die der Integration dienlich sind, in der Regel auch durchwegs unseren allgemeinen politischen Forderungen entsprechen: Gemeinsame Ganztagschule, mehr Sachleistungen in der Familienpolitik, mehr Personal und Präventionsarbeit in der Jugendwohlfahrt, aktive Arbeitsmarkt- und Vollbeschäftigungspolitik. Warum widmen wir uns nicht lieber der Durchsetzung dieser Politiken, statt in den Chor derjenigen mit einzustimmen, die zwar über mangelnde Integration jammern, deren Maßnahmen aber nur darauf abzielen, MigrantInnen als Feindbild zu bewahren?

LINKE TABUS?

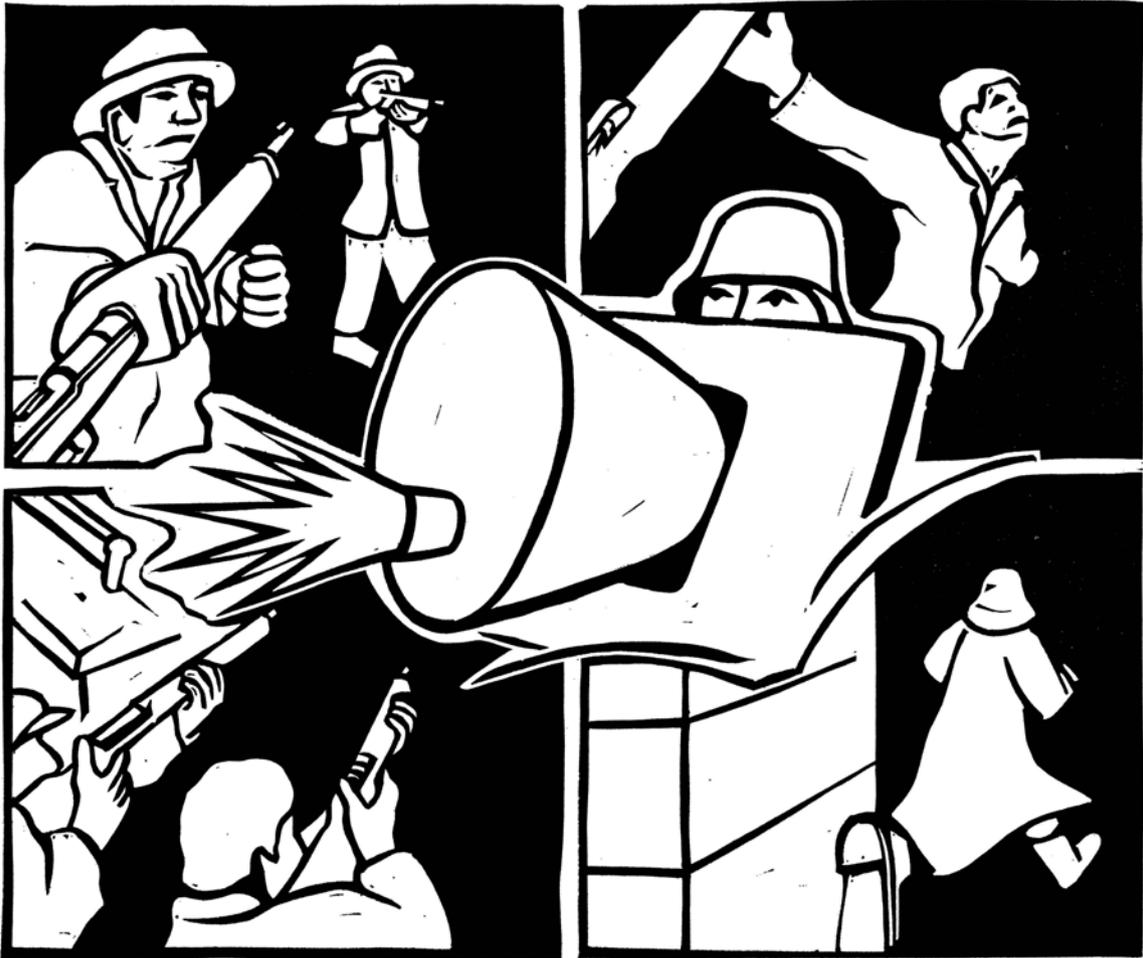
Die Selbstbeschuldigung, die Linke hätte durch eine Tabuisierung des Themas Integration bestehende Missstände alle erst verursacht und müsse jetzt umso energischer »Anpassung« verlangen ist m. E. ein Teil dieses Irrwegs. Und zwar erst recht dann, wenn man, so wie Serloth das tut, ausgerechnet beim Integrationsthema von klassenkämpferischem Bewusstsein gepackt wird (»Im 7. oder 8. Bezirk gibt es kein Ausländerproblem – in Simmering und Favoriten aber sehr wohl.«), das unserer Politik oft schmerzlich fehlt, wenn wir mit der ÖVP über Budgets verhandeln. Im Grunde folgt diese Form der Selbstkritik genau jenem Muster der Ignoranz und der Verlogenheit, das Serloth an der »linken Bildungsschicht« kritisiert. Ignorant, weil es die Entfremdung vieler »autochthoner ÖsterreicherInnen« von ihrer individuellen sozialen Aufstiegshoffnung ausblendet und zur »Entfremdung von der Heimat« macht.

Und verlogen, weil es sich – trotz der selbstkritischen Töne – in Wahrheit erst recht wieder um eine Externalisierung der Verantwortung handelt, wie sie für unsere Partei nach jedem massiven WählerInnenschwund der letzten Jahre typisch ist: Unsere Verluste rührten nicht von unserem politischen Versagen, sondern daher, dass sich die MigrantInnen nicht angepasst hätten. Zum undankbaren Strache-Überläufer, der nicht zu schätzen weiß, was wir alles für ihn getan haben, tritt der undankbare Migrant hinzu, den wir in diesem Selbstbild verhätschelt haben, und der es uns nun mit mangelndem Integrationswillen »dankt«. Verantwortlich für die FPÖ-Erfolge sind demnach alle, nur nicht die Politik, die wir tagtäglich fabrizieren.

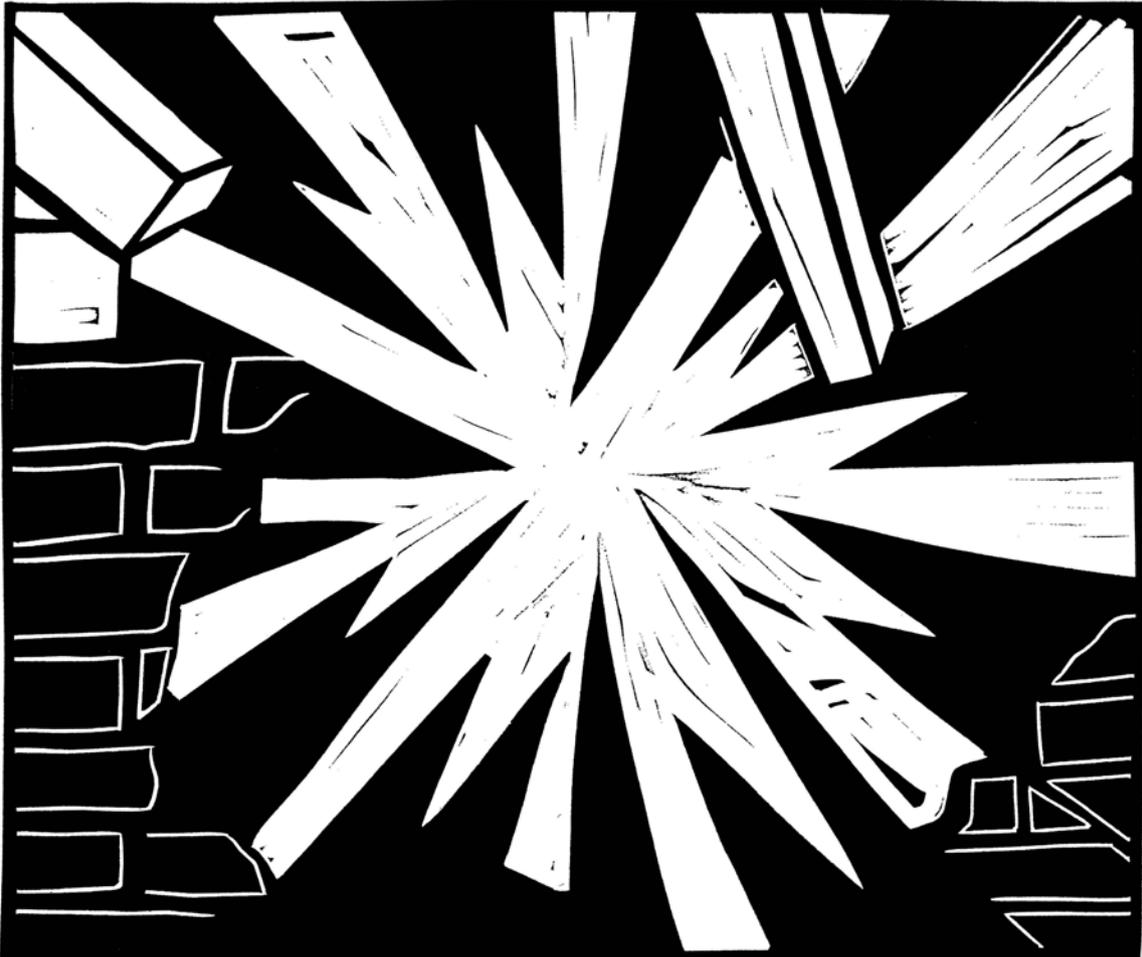
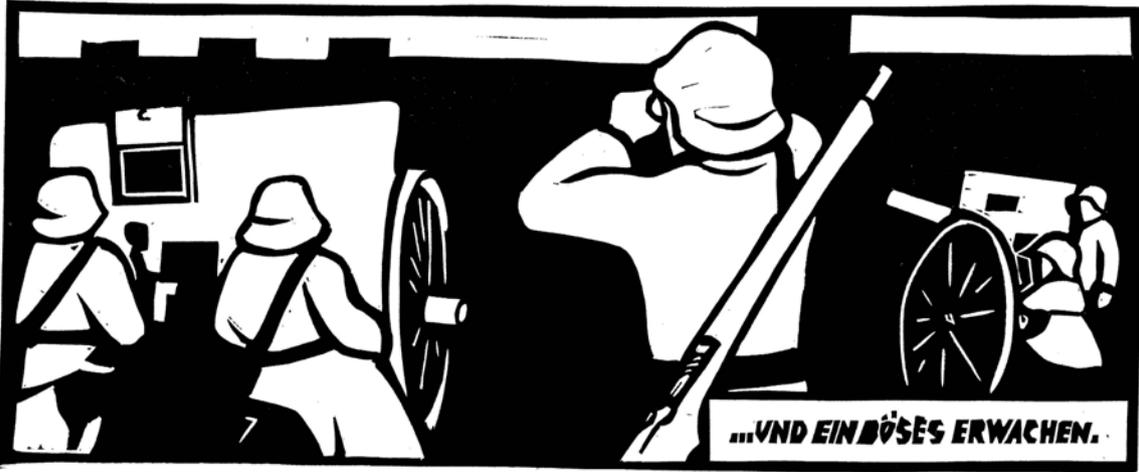
Serloth hat Recht: Die laufenden FPÖ-Zugewinne sind ein ernstzunehmendes demokratiepolitisches Warnsignal. Es ist so ernst, dass wir unsere eigene politische Arbeit kritisch hinterfragen müssen. Dabei sollten wir nicht den bequemen Weg gehen, uns zum »Tabubrecher« zu stilisieren, wenn wir nur das etwas elaborierter formulieren, was an Vorurteilen und Halbinformationen täglich in jeder Zeitung steht. Wir sollten unsere Kräfte (und auch unser klassenkämpferisches Bewusstsein) vielmehr darauf richten, unsere Partei wieder zu einer glaubwürdigen sozialen Kraft zu machen, der man abnimmt, konkrete Lebensrealitäten durch eine fortschrittliche Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und auch Integrationspolitik zu verbessern – für MigrantInnen ebenso wie für »autochthone« ÖsterreicherInnen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



ES WAR EINE LANGE NACHT...



Die Geschichte von Hans und Hedi

Am 12. März jährt sich der »Anschluss« zum 73. Mal. Wolfgang Fritz setzt in seinem Beitrag quasi mit dem Mikrokosmos des verbrecherischen NS-Regimes und der Rolle der Justiz darin, auseinander. Anhand des Falls zweier Opfer der NS-Justizmaschinerie zeichnet er akribisch nach, wie das Regime mit auch nur potenziell aktiven Gegnern umzugehen bereit war.

Hans und Hedi Schneider sind am 2. Dezember 1942 abends nach sechs im Wiener Landesgericht enthauptet worden, nachdem sie der zweite Senat des Volksgerichtshofes wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt hatte. Ihre Schuld habe darin bestanden, den Floridsdorfer Kommunisten die Aufstellung eines Vervielfältigungsgerätes in der Werkstätte ihres Gartenhäuschens gestattet zu haben. Weil der Apparat nicht funktionierte, war es allerdings niemals zu jener Herstellung regimefeindlicher Flugblätter gekommen, deren sie beschuldigt worden waren. Ich habe diese Geschichte anhand von Dokumenten und Zeugenaussagen aufgezeichnet und das Ergebnis in einem Büchlein veröffentlicht, das letztes Jahr im Milena-Verlag erschienen ist.

Bei der Abfassung des Manuskripts habe ich mich auch mit der Frage beschäftigt, wie es die Nazis zuwege gebracht haben, aus einer bloßen Wahrnehmung der Meinungsfreiheit, wie sie einige Jahre vorher noch ohne weiteres geschehen konnte, ein todwürdiges Verbrechen zu machen, und wie es ihnen gelang, solide Juristen vor einen solchen Karren zu spannen. Und das in aller Öffentlichkeit.

Zuerst zum Fall: Hans Schneider war ursprünglich Malergehilfe gewesen, die Weltwirtschaftskrise hatte ihm die Möglichkeit genommen, seinen Beruf auszuüben, kurz vor dem Untergang des Roten Wien hatte er sich noch, gemeinsam mit seiner Frau Hedi, einer lungenkranken Hausgehilfin, eine karge Existenz in einer Gärtnerkolonie in der Leopoldau sichern können. Im Februar 1934 stritt er auf Seiten der Demokratie, konnte jedoch unerkannt aus dem heiß umkämpften Schlingerhof flüchten und so der Dollfuß-Justiz entkommen.

Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen. Um diese Zeit nahm ein Mann Kontakt mit Hans auf, der sich Franz nannte. Seine Identität ist nie geklärt worden. Dieser Mann aber ist es gewesen, der Hans wieder in seine Vergangenheit als revolutionärer Arbeiter und Teilnehmer an den Kämpfen von 1934 zurückführte. Möglicherweise kannte Hans ihn von früher, war er einer jener Gaswerker, Straßenbahner oder Fabrikarbeiter, die sich nach dem Untergang der alten Sozialdemokratie den Kommunisten angeschlossen hatten und nun unter dieser Flagge den Widerstand anfachen wollten.

SEIT MAI 1938

Die Floridsdorfer Parteiorganisation war schon seit Mai 1938 aktiv. An ihrer Spitze stand der Schlossergehilfe Ernst Spatz. Es entstand ein dichtes Netz von Betriebszellen in den zahlreichen Industrie- und Verkehrsanlagen des Bezirks. Der Bezirksleiter übernahm von den Zellenleitern die monatlichen Beiträge und die politischen Stimmungsberichte und versah seinerseits die Zellenleiter mit Weisungen und Propagandamaterial. Es gab auch eine Betriebszelle im Gaswerk Leopoldau, das sich ganz in der Nähe von Johann Schneiders Gartenanlage befand. Ernst Hlobil war ihr Gründer und Leiter.

Im Juli 1938 übergab Ernst Spatz die Bezirksleitung an den Friseurgehilfen Otto Steiger, einen Schutzbündler, der wegen Teilnahme an den Februrarkämpfen zu 3 ½ Monaten Kerker verurteilt worden war. Steiger wurde schon im Mai 1939 verhaftet. Sein Nachfolger wurde der städtische Beamte Matthias Pista, einst führender Interessenvertreter der Wiener Gemeindebediensteten. Unter Pista begann die Floridsdorfer Hausfrau Adolfine Mikes für die Floridsdorfer KP zu arbei-

ten. Sie stammte aus einer Nazifamilie, kam aber durch ihren Gatten, den Oberamtsgehilfen der Gemeinde Wien Robert Mikes, in linke Kreise. Sie arbeitete unter dem Decknamen Irma als Lit-Frau, also als Verantwortliche für Produktion und Verteilung des schriftlichen Propagandamaterials. Einer ihrer Mitarbeiter war »Franz«, welcher Hans vorschlug, in seiner Kleingartenhütte einen Vervielfältigungsapparat zur Herstellung von Flugschriften aufzustellen. Hedi hatte zunächst Bedenken, gab aber auf Andringen ihres Gatten nach. Der Vervielfältigungsapparat, den »Franz« brachte, war beschädigt und Hans versuchte vergeblich, ihn zu reparieren. Abzüge von Matrizen, die »Irma« Hedi brachte, erwiesen sich als unleserlich. Der unbrauchbare Apparat wurde erst nach einigen Monaten abgeholt.

UNTER FOLTER

Kurz nach diesen Ereignissen gelang es der Gestapo, die Wiener KP-Organisation zu zerschlagen. Die Komintern entsandte darauf den ehemaligen KPÖ-Funktionär Erwin Puschmann mit dem Auftrag nach Österreich, die Netze neu zu knüpfen. Puschmann war gelernter Bauschlosser, ein bekannter Sportler und Sportfunktionär. An seine Fersen heftete sich jedoch ein Überläufer, ein gewisser Ernst Koppel. Mit dessen Hilfe gelang es der Gestapo schon Anfang 1941 insgesamt 536 WiderstandskämpferInnen zu verhaften. Adolfine Mikes alias Irma war, am 23. Jänner, eine der ersten. Sie erwähnte, wohl unter Folter, auch ihren Kontakt mit dem Ehepaar Schneider. Hans und Hedi wurden darauf am 8. Dezember verhaftet und zunächst zur Gestapo-Zentrale auf dem Morzinplatz gebracht, wo sie von einem gewissen Tucek gefoltert wurden. Hans blieb schweigsam, Hedi wurde jedoch nach anfänglichem Leugnen und schweren Misshandlungen mit Adolfine Mikes konfrontiert. »Irma« identifizierte sie als jene Frau, mit der sie in der Hütte gewesen war.

Was war das nun für eine Art von politischer Strafjustiz, in deren Hände Hans und Hedi fielen? Es handelte sich dabei um einen von allen Errungenschaften einer humanitären Straf-

rechtspflege entblößten Repressionsapparat, der keine andere Aufgabe hatte, als die Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung mit dem Schleier von Recht und Gesetz zu ummanteln. Die Nazis hatten zielstrebig auf seine Errichtung hingearbeitet. Ihre erste diesbezügliche Maßnahme war, unter propagandistischer Ausnützung des Reichstagsbrandes, am 28. Februar 1933 die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat«, die wesentliche Grundrechte aussetzte und die Todesstrafe für Hochverrat einführte. Nunmehr konnten auch dem Regime Missliebige ohne jegliche rechtliche Kontrolle beliebig lange in »Schutzhaft« genommen, in KZs verschleppt, dort misshandelt oder sogar getötet werden.

Kurz darauf, am 5. März, beschloss der deutsche Reichstag mit einer durch Polizeimaßnahmen erzwungenen Zweidrittelmehrheit das sogenannte Ermächtigungsgesetz, das Hitler dazu befugte, ohne Zustimmung des Parlaments und ohne Gegenzeichnung durch den Reichspräsidenten Gesetze zu erlassen. Nun war es auch ein Leichtes, dem Reichsgericht, das nach Naziauffassung beim Reichstagsbrandprozess so sehr versagt hatte, das Recht zur Führung von politischen Prozessen zu entziehen und dieses, am 24. April 1932, einem Volksgerichtshof zu übertragen, der in erster und letzter Instanz urteilte. Seine Senate bestanden aus fünf Personen, wovon zwei Berufsrichter und drei hohe nationalsozialistische Funktionäre waren.

VON HITLER ERNANNT

Sämtliche Richter wurden auf Vorschlag des Reichsjustizministers von Hitler ernannt. Die Anklage vertrat ein Oberreichsanwalt, der weniger bedeutende Fälle an das Oberlandesgericht oder ein Sondergericht übertragen konnte; für die Behandlung der Fälle vor Ort wurden Richter der jeweiligen Landesgerichte als Ermittlungsrichter bestellt. In Österreich, das nach dem »Anschluss« sein Strafgesetz beibehielt, wurde nur diese politische Strafjustiz, und zwar erst am 20. Juni 1938, mit einigem auf Misstrauen gegenüber den schlappen Ostmärkern beruhenden kleineren Abweichungen eingeführt. Das

neue Recht traf auf eine politisch willfährige Richterschaft. Die Historikerin Erika Weinzierl schätzt, dass rund die Hälfte der Richter und Staatsanwälte Sympathisanten und Mitläufer der Nationalsozialisten waren. Strenger Zentralismus prägte die ganze Konstruktion. Maßgeblich für die politische Justiz war der in Berlin ansässige Oberreichsanwalt, federführend bei allen großen Fällen der Volksgerichtshof, in dem – bis auf wenige Ausnahmen nur Deutsche saßen. Damit war dieses wichtige Instrument der Unterdrückung fest in deutscher Hand. Österreichische Richter durften als Zweitrangige in den »kleinen Volksgerichtshöfen« die vom Ermittlungsrichter in Berlin für weniger wichtig gehaltenen Fälle abarbeiten, dies aber fest im Korsett der Gängelung durch die Berliner Justizbehörden und der »Nachbesserung« durch die Gestapo, welche jeden nach ihrer Auffassung zu milde Bestraften nachträglich brutal zur Strecke bringen konnte.

Hans und Hedi wurden zunächst dem Wiener Landgericht als Sondergericht zugeteilt, was eine relativ milde Bestrafung zur Folge gehabt hätte. Mit dem so gar nicht zur Zufriedenheit der Nazis verlaufenden Russlandfeldzug verschärfte sich jedoch die Strafrechtspflege. Die Anzahl der Todesurteile stieg von 17 im Jahre 1938 über 102 im Jahre 1941 auf 1192 im Jahre 1942 und schließlich 2097 im Jahre 1944 an. Nun wurde, wohl zur Schönung der Statistik, auch das Ehepaar Schneider dem berüchtigten Volksgerichtshof zugewiesen.

»RECHTSWAHRER«

Von ihrer Verhaftung bis zur Anklageerhebung verging ein Dreivierteljahr, eine Zeit, in der sie nichts zu ihrer Verteidigung tun konnten. Erst mit der Anklageerhebung wurde ihnen aus der Liste der zum Volksgerichtshof zugelassenen »Rechtswahrer« ein Verteidiger zugewiesen. Es handelte sich bei diesen Juristen ausschließlich um zuverlässige Nationalsozialisten, die nicht einmal volle Akteneinsicht hatten. Die beiden für Hans und Hedi ausgewählten Anwälte haben diese nur einmal in der Haftanstalt besucht und sind dann auch beim Prozess nicht weiter in Erscheinung getreten.

Am 21. August 1941 ordnete der Vorsitzende des 2. Senats des Volksgerichtshofes in der Strafsache gegen Schneider u.a. die Hauptverhandlung an. Vorgeworfen wurde ihnen Vorbereitung zum Hochverrat gemäß § 83 des deutschen Reichsstrafgesetzbuches. Hochverrat war nach § 80 des RStGB ein Unternehmen, das auf die Veränderung des Gebietes oder der Verfassung des Deutschen Reiches durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt gerichtet war. Man unterschied dabei zwischen Gebietshochverrat und Verfassungshochverrat. Dass die Rückgängigmachung des »Anschlusses«, wie sie die österreichischen Widerstandskämpfer ersehnten, unter Gebietshochverrat fiel, ist nicht schwer zu verstehen. Worin aber der Verfassungshochverrat bestand, das drückte der Präsident des Volksgerichtshofes Roland Freisler folgendermaßen aus: »Für den Volksgerichtshof ist Hochverrat das, was er für alle Volksgenossen ist, nämlich eine Gefährdung der nationalsozialistischen Lebensform des deutschen Volkes. Mehr braucht niemand zu wissen.«

HOCHVERRAT

Hochverrat war seit dem Reichstagsbrand mit dem Tode bedroht, aber für Leute wie die Floridsdorfer Kommunisten, die nichts weiter taten, als regimekritische Flugblätter zu verteilen und Geld für Angehörige von Häftlingen zu sammeln, war dieser Vorwurf nicht praktikabel. Man schuf deshalb den Tatbestand der »Vorbereitung zum Hochverrat«, der im öffentlichen Auffordern und Anreizen zu einer hochverräterischen Unternehmung bestand. Das war nun der Gummiparagraph, mit dem man jede oppositionelle Haltung inkriminieren konnte. Damit man aber auch den bloßen »Vorbereiter« an den Galgen bringen konnte, gab es noch vier Strafverschärfungsvoraussetzungen.

Zwei davon interessieren uns hier, nämlich die »Herstellung eines organisatorischen Zusammenhalts«, worin man in der Praxis jede Betätigung für die Kommunisten oder auch die Sozialdemokraten verstand, auch wenn sie nur in Mundpropaganda bestand. Für besonders gravierend hielt der Volks-

gerichtshof aber die »Hochverratsvorbereitung durch Beeinflussung der Massen mit bestimmten Mitteln, durch Schriften, Schallplatten, bildliche Darstellungen etc.« Die Verbreitung musste nicht öffentlich geschehen, unter Umständen genügte die Weitergabe an eine einzige Person. Hier hatten nun die NS-Juristen das Instrument, welches es ihnen ermöglichte, auch das geringste Aufmucken gegen die Hitler-Diktatur zu unterbinden.

Die Verhandlung gegen Johann und Hedwig Schneider vor dem Volksgerichtshof fand am 24. September 1942 in Wien unter dem Vorsitz von Volksgerichtsrat Hartmann statt. Der zweite Berufsrichter war Oberlandesgerichtsrat Wladimir Fikeis, einer der zwei Österreicher, welche diese sonst nur Deutschen vorbehaltenen Posten innehatte. Am 1. Mai 1938 war er der NSDAP beigetreten, ab 1. Mai 1939 hatte er beim »Kleinen Volksgerichtshof« gedient, am 1. Mai 1941 war er in den eigentlichen Volksgerichtshof aufgestiegen. Nach dem Krieg beging er Selbstmord.

KEINE RECHTSMITTEL

Im Mittelpunkt des Verfahrens stand Adolfine Mikes, die seit Herbst 1940 zentrale Lit-Frau für ganz Wien gewesen war. Mit ihr waren drei ihrer Mitarbeiterinnen angeklagt. Hans und Hedi standen gemeinsam mit Franz Kovarik vor Gericht, der ebenfalls ein Vervielfältigungsgerät aufgestellt hatte. Mikes und Kovarik wurden beide zum Tode verurteilt, von den Helferinnen kam eine mit einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe und zwei mit 15 Jahren Haft davon. Eine der Angeklagten wurden sogar freigesprochen. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unbegreiflich, warum Hans und Hedi zum Tode verurteilt wurden.

Die beiden waren nicht wie Mikes und Kovarik leitende KP-Funktionäre, sie waren ja nicht einmal Handlanger, zur Tatzeit war Deutschland mit Russland noch im Zustande des Nichtangriffspaktes gewesen, ihre Tat konnte also nicht als Unterstützung des Kriegsgegners bezeichnet werden. Sie hat-

ten auch nicht andere Personen beeinflusst, ihre Tat nicht in einem kriegswichtigen Betrieb begangen und sie waren zum NS-Staat in keiner besonderen Treuepflicht gestanden. Die Strafe hätte also, wenn das Gericht etwas anderes als eine bloße Terrormaschine hätte sein wollen, eher am unteren Ende der Skala, also bei zwei Jahren Zuchthaus liegen müssen. Ganz besonders fällt auf, dass die politisch in keiner Weise hervorgetretene Hedi mit derselben Strenge wie ihr Gatte verurteilt wurde, obwohl mithelfende Ehefrauen in der Regel deutlich milder bestraft wurden.

Die Entscheidungen des Volksgerichtshofes konnten nicht mit Rechtsmitteln bekämpft werden, die einzige rechtliche Möglichkeit war ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Hervorkommens neuer Tatsachen. Es konnte aber ein Gnadenantrag an den Führer gestellt werden. Für Hans und Hedi stellte Hedis Mutter, Karoline Bock, eine Frau, die 13 Kinder zur Welt gebracht und das Mutterkreuz erhalten hatte, den Antrag. Zu seiner Unterstützung ging Hedis Schwester Cilli ins Gauhaus, wo ihr der zuständige Beamte sagte: »Gegen dieses Gesindel müssen wir mit aller Schärfe vorgehen.«

GNADENLOS

Hedis Schwester Therese versuchte es sogar mit einer persönlichen Vorsprache in Berlin. Die Antwort des Amtes für Gnadensachen der Kanzlei des Führers war: »In Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Gauleiters Wien vermag ich einen Gnadenerweis angesichts der hochverräterischen Tätigkeit der Angeklagten nicht zu befürworten.« Am 2. Dezember 1942 wurden Hans und Hedi Schneider im Landesgericht Wien guillotiniert. Über ihr Ende berichteten die Zeitungen, große rote Plakate an den Hausmauern machten darauf aufmerksam.

Die eingangs gestellte Frage kann folgendermaßen beantwortet werden: Grundvoraussetzung für das Walten der Nazijustiz war, dass verbrecherische Elemente sich des Staatsapparates bemächtigten. Dazu war aber auch notwendig, dass

sich Juristen dafür hergaben, solche Gesetze zu ersinnen und zu exekutieren. Dass sie dabei nicht einmal die fundamentalen Grundlagen ihres Handwerkes wahrten, zeigt der Fall Schneider ganz exemplarisch. Dass solches Vorgehen nur bei einer zu blinder Autoritätsgläubigkeit und Staatsvergottung neigenden Bevölkerung machbar war, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel. 🍷



Wolfgang Fritz
**DIE GESCHICHTE VON
HANS UND HEDI**
Milena Verlag
160 Seiten, 17,90 Euro

WOLFGANG FRITZ

war lange Jahre in der Finanzverwaltung tätig und arbeitet derzeit als Schriftsteller in Wien. Er ist Autor der großen Hugo-Breitner-Biographie »Der Kopf des Asiaten Breitner«. Demnächst erscheint im Lit-Verlag sein Werk: »Fortschritt und Barbarei. Österreichs Finanzverwaltung im Dritten Reich.«



**NACH WENIGEN TAGEN HATTEN
DIE FASCHISTEN AUCH DEN
LETZTEN WIDERSTAND GEBROCHEN.**



**SCHLECHTE NACHRICHTEN, OTTO,
DIE POLIZEI SUCHT DICH.**



**DU MUSST
VERSCHWINDEN.**



**DIE GESCHICHTE IST
NOCH NICHT AUS...**



...WIR WERDEN UNS WIEDERSEHEN.

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Bildung, Spanien & Ökologie



Tony Judt DEM LAND GEHT ES SCHLECHT

In seiner letzten großen Rede an der New York University warnte Tony Judt davor, Ideale wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit der sogenannten Logik des Marktes zu opfern. Aus dieser Rede entstand sein letztes Buch. Er verteidigt das Ideal einer gerechten Gesellschaft und Politik und ruft uns ins Bewusstsein, wie viel wir dem sorgenden Staat des 20. Jahrhunderts verdanken.

HANSER, 192 Seiten, 19,40 Euro



Joachim Radkau DIE ÄRA DER ÖKOLOGIE

Die Ökologie ist ein Symbol unserer Zeit. Das Buch berichtet über ausschlaggebende Ereignisse und Erfahrungen wie die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl genauso wie über den Mythos des deutschen »Waldsterbens« und beleuchtet die Zusammenhänge mit anderen historischen Strömungen. Es erzählt sowohl von wichtigen Momenten als auch von Institutionalisierung und Bürokratisierung.

C. H. BECK, 782 Seiten, 30,80 Euro



Gerhard Roth BILDUNG BRAUCHT PERSÖNLICHKEIT

Der Hirnforscher Gerhard Roth erklärt, woran die Bemühungen um Bildung und Weiterbildung scheitern: Die Erkenntnisse der Psychologie und Neurowissenschaften haben bisher keinen Eingang in unser Bildungssystem gefunden. Wie lernt der Mensch eigentlich? Warum sind Emotionen beim Lernen so wichtig und wie kann ich Begeisterung für einen Stoff wecken?

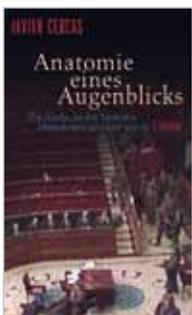
KLETT-COTTA, 355 Seiten, 20,60 Euro



Patrick Bahners DIE PANIKMACHER

In Deutschland geht eine Panik um: Menschen mit islamischer Glaubenszugehörigkeit und Migrationshintergrund bringen das Land in Gefahr! Aber geben wirklich sie berechtigten Grund für diese Panik, oder ist nicht vor allem eine populistische Islamkritik dafür verantwortlich, dass sich die Stimmung in Deutschland verändert? Diese Panikmacher ist das Thema der Streitschrift von Patrick Bahners.

C. H. BECK, 320 Seiten, 20,60 Euro



Javier Cercas ANATOMIE EINES AUGENBLICKS

In Anatomie eines Augenblicks schildert Javier Cercas den entscheidenden Augenblick am 23. Februar 1981, als das Schicksal der noch jungen Demokratie Spaniens auf der Kippe stand: Das Parlament war umstellt, die Putschisten in den Startlöchern, aber der Parlamentspräsident und der junge König blieben unerschütterlich. Wie in einem Thriller entfaltet Cercas diesen Moment und analysiert ihn.

S. FISCHER, 569 Seiten 25,70 Euro



Gerd Bosbach, Jens Jürgen Korff LÜGEN MIT ZAHLEN

Wie kommen die glatten Trends in den Wahlprognosen zustande? Gibt es wirklich eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen und was ist von den blumigen Versprechen der privaten Altersvorsorge zu halten? Statistiken und Grafiken erwecken den Eindruck von Objektivität und Exaktheit, dabei lässt sich mit ihnen alles und das Gegenteil davon beweisen. Zahlen lügen nicht – oder etwa doch?

HEYNE, 320 Seiten, 19,60 Euro



Was wäre austrokeynesianische Wirtschaftspolitik heute?

Die Wirtschaftspolitik der Ära Kreisky hatte solitären Modellcharakter; dieser wurde schrittweise aus der wirtschaftspolitischen Praxis nach dem Konjunkturunbruch 1975 entwickelt; theoretisch ausgearbeitet wurde das Konzept des Austrokeynesianismus durch WIFO-Chef Hans Seidel erst in den Jahren 1979 bis 1982. Das Ziel der Wirtschaftspolitik war es, durch das Zusammenspiel der zentralen Elemente Hartwährungspolitik, Orientierung der Lohnpolitik aller Branchen am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, antizyklische Budgetpolitik und Investitionspolitik die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zu verstetigen und die Erwartungen der investierenden Unternehmen und der konsumierenden Haushalte zu stabilisieren. Der Erfolg des Konzepts zeigte sich im Erhalt von Vollbeschäftigung bis 1981, überdurchschnittlichen Reallohnsteigerungen, niedrigen Inflationsraten und Budgetdefiziten.

Ebenso wie er schrittweise entstand, wurde vom Austrokeynesianismus auch schrittweise abgegangen, etwa durch das Zurückbleiben der Löhne infolge steigender Arbeitslosigkeit und intensiver Standortdebatte im Lauf der 1990er Jahre oder durch prozyklische Budgetpolitik in der Hochkonjunktur 1998–2000 und ganz besonders in der Rezession 2001–2003. Grosso modo dauerte die postkeynesianische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von 1970 bis 1995. Als hinderlich erwiesen sich vor allem die antikeynesianische Politik der EU, die Preisstabilität und Budgetüberschüsse höher gewichtete als Vollbeschäftigung und Realeinkommenswachstum sowie der spekulative Boom der Finanzmärkte und der Anstieg der Vermögenseinkommen, die die Verteilungsstabilität zwischen Kapital und Arbeit grundlegend in Frage stellten.

Doch die Erfolge des Austrokeynesianismus wirken bis heute nach und bilden Grundfesten, auf denen aufgebaut werden kann. Etwa indem das Ziel der Vollbeschäftigung als gleichwertig mit jenem der Konsolidierung des Budgets be-

griffen wird: Innerhalb von zwei bis drei Jahren sollten der Anteil des Budgetdefizits am BIP und jener der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen gleichzeitig auf unter 3 Prozent gesenkt werden. So wie in den 1970er Jahren könnte eine Ausweitung der Beschäftigung in den sozialen Dienstleistungen (Kindergärten, Schulen, Pflege) und moderne Formen der Verkürzung der Arbeitszeit der Erreichung dieses Ziels dienen.

Das demografisch bedingt langsamere Wachstums des Arbeitskräfteangebots bietet die Chance, die Beschäftigungsquote zu erhöhen, Lohnerhöhungen stärker am Anstieg der Produktivität zu orientieren und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zurückzudrängen. Eine Offensive zur Öffnung des Bildungssystems für Kinder aus unteren sozialen Schichten ist so dringend wie zu Beginn der 1970er Jahre. Die Finanzkrise hat die Überlegenheit des Wohlfahrtsstaates gegenüber dem angelsächsischen Modell erneut gezeigt, er müsste im Bereich der Dienstleistungen ausgebaut werden, finanziert durch Umschichtungen im Familien- und Gesundheitswesen und die Erhöhung vermögensbezogener Steuern.

Postkeynesianische Politik muss heute primär auf europäischer Ebene ansetzen, wie Bruno Kreisky dies in den 1980er Jahren in der Unabhängigen Europäischen Kommission für Beschäftigungsfragen erkannt hat. Die harten Konsolidierungsprogramme in den südeuropäischen Ländern bringen derzeit verheerenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Eine expansive Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik der EU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, wäre dringend notwendig. Für einen sozialdemokratischen Bundeskanzler war es mangels Konkurrenz noch nie so leicht wie heute, auf EU-Ebene soziales Profil zu gewinnen.

MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

